

40

83

# Union in Deutschland

Bonn, den 15. Dezember 1983

Es geht wieder aufwärts *Adler / 10*

## Helmut Kohl: Wir sind auf dem richtigen Weg

Kleiner Parteitag der CDU am 12. Dezember 1983 in Bonn

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde. Mit der heutigen Sitzung des Bundesparteiausschusses blicken wir zurück auf das Jahr 1983. Es ist eine Sitzung am Jahresende, und dies ist die Chance einer Bilanz für das, was wir in diesem Jahr tun konnten, was wir erstrebten, was wir erreichten, aber auch über das, was eben nicht gelungen ist. Und ich finde, die ehrlichste Antwort zu dieser Bilanz ergibt sich für jeden von uns, wenn er einen Moment innehält und sich überlegt, was er selbst genau vor einem Jahr am 12. Dezember 1982 für das folgende Jahr 1983 an Perspektiven gesehen hat. Ich bekenne für mich, daß in diesem Jahr vieles gelungen ist, von dem ich nicht erwartet habe, daß es uns so gelingen würde. Ich war zu Beginn des Jahres optimistisch. Und tatsächlich, wir sind 1983 ein ganz wesentliches Stück vorgekommen. Dabei haben uns viele geholfen, denen ich zu Beginn unserer heutigen Tagung danken will.

Vor einem Jahr ging noch die Frage durch unsere eigenen Reihen und durch weite Teile unserer Anhängerschaft, ist es überhaupt möglich, das gegebene Versprechen einzulösen, daß am 6. März 1983 gewählt wird. Es gab viele zögerliche, auch manche kleinmütige Stimmen. Viele sagten: Wie könnt ihr denn die neugewonnene Macht, die Regierungsverantwortung, aufs Spiel setzen?

Nun liebe Freunde, dies Jahr hat die Frage beantwortet. Wo wären wir geblieben in den kritischen Wochen der Debatten über die Stationierung und die Erfüllung des NATO-Doppelbeschlusses, wenn wir nicht einen klaren und eindeutigen Wählerauftrag gehabt hätten?

## Rede Helmut Kohl

## BUNDESAUSSCHUSS

Deswegen haben wir uns vor allem zu bedanken bei unseren Mitbürgern, die uns ihre Stimme gegeben haben, die uns geholfen haben, die ihr Vertrauen uns auf den Weg gaben, obwohl wir in diesem Wahlkampf, und das war für viele eine große Neuigkeit, keine Zusagen und Versprechungen gemacht haben außer dem einen, daß wir alles tun werden, auch das was Opfer kostet, um das Staatsschiff wieder flott zu machen.

Ich habe mich zu bedanken bei unseren Mitgliedern und Anhängern, die bei diesem Wahlkampf am 6. März unter winterlichen Verhältnissen ihr Letztes gaben, um den Sieg der Sache der Union sicherzustellen. Es war ein großes Experiment, im Winter Wahlkampf führen zu müssen.

Ich habe mich zu bedanken bei den Funktionsträgern der Partei, bei den Ortsvorsitzenden, den Kreisvorsitzenden, all denen, die draußen vor Ort in der Partei und ihren Vereinigungen in diesen Wahlkampf und in den darauffolgenden Monaten, wo ja auch Perioden zu verzeichnen waren, in denen der Wind uns ins Gesicht stand und wir keinen Rückenwind hatten, zur Sache der Union hielten.

**Ich danke allen, die sich an den Diskussionen im Betrieb, im Büro, am Arbeitsplatz oder draußen, überall dort, wo Menschen einander begegneten, beteiligt haben, daß wir unsere Überzeugung durchsetzen konnten.**

Ich habe mich zu bedanken bei den hauptamtlichen Mitarbeitern, die einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet haben, daß die Union heute die beschließende politische Kraft in Deutschland ist, und ich will für alle nennen Heiner Geißler und die Mitarbeiter hier im Konrad-Adenauer-Haus genauso wie die Kreisgeschäftsführer, die Landesgeschäftsführer draußen im Lande.

Ich will mich ausdrücklich bedanken, lieber Alfred Dregger, bei Ihnen und unseren Freunden und Kollegen in der Bundestagsfraktion, für die der Ablauf dieses Jahres auch in der Praxis der Gesetzgebung, der Sitzungsfolgen oft genug eine Zumutung war.

Ich will mich bedanken für den freundschaftlichen Zuspruch und auch für die Kritik aus dem Kreis der Fraktion. Aber vor allem auch für das Mittun, für das selbstverständliche Mittun als ein Beispiel für gemeinsame Arbeit in der Union. Alfred Dregger hat hier einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Ich bedanke mich bei Ihnen, Rainer Barzel, für die großartige und souveräne Führung der Geschäfte im Deutschen Bundestag.

Wir haben eine ganz andere Situation durch die Veränderung der Zahl der Fraktionen und auch der Politikvorstellungen zwischen den Fraktionen. Daß die Würde des Hause gewahrt wurde, daß die Arbeitsfähigkeit sichergestellt war, daß in einem Augenblick, wo manche glaubten, durch die Blockade des Deutschen Bundestages die Gesetzgebung außer Kraft setzen zu können, daß in einem solchen Augenblick das alles mit Ruhe, mit Gelassenheit, aber mit Entschiedenheit durchgestanden wurde, das danken wir unserem Bundestagspräsidenten.

Ich habe mich zu bedanken bei den Kollegen aus den Ländern, den Ministerpräsidenten, ihren Kabinettskollegen, den Landtagsfraktionsvorsitzenden und ihren Kollegen, die in der zweiten Kammer ja auch einen wichtigen Beitrag zu diesem Jahr geleistet haben.

Liebe Freunde, das ist ein ganz anderes Rollenverständnis. Manch einer, der sich darüber aufregt, daß dies oder jenes schnell gesagt wird, soll auch einmal dar-

## BUNDESAUSSCHUSS

## Rede Helmut Kohl

an denken, daß wir über zehn Jahre hindurch ganz froh waren, daß unsere Stimmen im Deutschen Bundesrat einen wichtigen Beitrag zur Identität der Union geleistet haben.

**Eine Regierungspartei, die im Bundestag, der ersten Kammer wie in der zweiten Kammer über eine Mehrheit verfügt, muß auch immer daran denken, daß der Respekt vor der geschriebenen Verfassung gerade auch die Rolle des Bundesrats, in dem Länder ihre Interessen zu vertreten und an das gesamtstaatliche Wirken zu denken haben, daß das eine nicht immer ganz einfache Rolle ist.**

Ich bedanke mich ausdrücklich für den freundschaftlichen Zuspruch und die Hilfe

**Verlag und Redaktion wünschen allen Leserinnen und Lesern ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches und erfolgreiches Jahr 1984. UID 1/84 erscheint am 12. Januar 1984.**

und Unterstützung, die wir aus den Bundesländern erhalten haben.

Entsprechend unseren Beschlüssen in den Parteitagsgremien habe ich am 28. November im Auftrag des Präsidiums und der Landesvorsitzenden unseren Freund Richard von Weizsäcker zur Wahl für das Amt des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland vorgeschlagen.

Wir, und vor allem auch ich, haben uns diese Entscheidung angesichts der besonderen Verantwortung in Berlin wahrlich nicht leicht gemacht. Wir haben, und dies ist ein Glück für uns, in der CDU eine Reihe von Persönlichkeiten von hohem Rang, die ebenfalls dazu befähigt sind, dieses höchste Amt der Bundesrepublik Deutschland zu prägen und auszufüllen.

In dieser Zeit ist es von besonderer Wichtigkeit, daß der Bundespräsident die Fähigkeit hat, mit seinen Gedanken über Parteigrenzen hinauszugreifen. Er besitzt die Fähigkeit, mit seinem Wort möglichst viele, auch in unterschiedlichen politischen Gruppen, zu erreichen. Es muß immer Anspruch und Ziel bei der Besetzung dieses Amtes sein, daß sich möglichst viele im Volk durch den Bundespräsidenten repräsentiert sehen.

**Ich glaube, Richard von Weizsäcker bietet hierfür eine große Chance. Er ist erfahren in der praktischen Politik, er stand mit uns in der Opposition, er konnte Erfahrungen im Regierungsamt sammeln. Sein Wirken, das haben wir in Jahrzehnten erlebt, zielte stets auf Grenzüberwindung zwischen den Parteien. Er war immer ein Mann der Gemeinsamkeit und nie ein Mann des Polarisierens in der Politik. Und es gab von ihm wesentliche Beiträge zur überparteilichen Zusammenarbeit in vielen Bereichen der Politik.**

Ich nenne besonders sein großes Engagement für unsere Landsleute in der DDR. In seinen politischen und seinen kirchlichen Ämtern hat er sich immer als ein persönliches Bindeglied zwischen den Menschen in Deutschland verstanden.

Richard von Weizsäcker hat maßgebliche Beiträge zum Verständnis der jungen Menschen und zur Verständigung zwischen den Generationen geleistet, wir alle wissen noch um seinen Beitrag auf dem Hamburger Parteitag. Er diente uns in der Union mit seiner Arbeit am Grundsatzprogramm, mit seinen Beiträgen zum Grundwerteverständnis. Er hat dies nicht nur akademisch in der Klausur getan, sondern er hat es bewiesen, überzeugend und glaubwürdig in vielen Diskussionen mit jungen Leuten landauf und landab.

## Rede Helmut Kohl

## BUNDESAUSSCHUSS

Richard von Weizsäcker besitzt aufgrund seines Lebensweges, seines Charakters und seiner geistigen Perspektiven die Eignung für das Amt des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland. Und ich glaube, es ist wichtig nochmals festzustellen, daß gerade bei diesem Amt ein breiter und öffentlicher Konsens ganz besonders bedeutsam ist.

Die Aufgabe des Bundesvorsitzenden ist es nicht, jetzt die Probleme in Berlin zu lösen. Probleme, die durch den Weggang Richard von Weizäckers als Regierender Bürgermeister entstehen. Es ist nicht meine Aufgabe, so lange ich davon überzeugt bin, daß die Berliner diese Lösung treffen können, in einem fairen und vernünftigen Ausgleich untereinander, hier Partei zu ergreifen. Und ich bin sicher, daß es in einer fairen Entscheidung unserer Berliner Freunde eine gute und überzeugende Nachfolgelösung für Richard von Weizsäcker in Berlin geben wird.

**Ich weiß, dieser Wechsel ist für Berlin schmerzlich, aber er ist, und dies sage ich mit Bedacht, mit gutem Gewissen, zu verantworten. Die Berlin-CDU ist heute selbstbewußt und zuversichtlich, die Entwicklung in und um Berlin positiv weiterführen zu können.**

Was an mir liegt, das sage ich bewußt, auch in die Berliner Partei hinein, werde ich selbstverständlich tun. Ich werde das menschenmögliche tun, um in diesen schwierigen und kritischen Wochen und Monaten, die vor uns liegen, jede nur denkbare Unterstützung für Berlin zu geben. Das gilt für meine Person wie für die gesamte Partei.

Heute ziehen wir Bilanz des ersten Kalenderjahres unserer Regierungszeit. Unsere erfolgreiche Politik für Frieden und Freiheit, für Erneuerung und Zukunftsgestaltung, hat dieses Jahr geprägt. Es war in

der Tat ein Jahr der Wende und des neuen Aufbruchs. Wir haben die Talfahrt gestoppt, den verhängnisvollen Trend nach unten umgekehrt und in der kurzen Zeit den Aufschwung eingeleitet. Der Weg geht wieder aufwärts.

**Wir haben das Bündnis gefestigt und gestärkt. Jenes Bündnis, das uns den Frieden und die Freiheit sichert. Wir haben das Vertrauen unserer Bündnispartner in die Verlässlichkeit der Bundesrepublik Deutschland wiederhergestellt. In einer Entscheidung von historischer Tragweite haben wir solidarisches Wort gehalten, das wir, die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland, im NATO-Doppelbeschluß unseren Freunden gegeben hatten.**

Auf dem Stuttgarter Europäischen Rat haben wir die Probleme der Gemeinschaft zu einem Verhandlungs- und Entscheidungspaket zusammengeschnürt, weil eine Gemeinschaftslösung, die diese Bezeichnung verdient, zur Voraussetzung hat, daß alle Einzelinteressen untereinander fair ausgeglichen werden. Und trotz des Rückschlags von Athen denke ich, daß es uns in einigen Wochen möglich sein wird, das, was wir in Stuttgart begonnen haben, zu einem guten Ende zu führen und unter dem Vorsitz unserer französischen Freunde zu einer dauerhaften Einigung zu kommen.

Die Beziehung zu unseren östlichen Nachbarn haben wir verbessert und ausgebaut. Das internationale Ansehen der Bundesrepublik Deutschland ist gewachsen. Wir, als Union, haben in der Regierungsverantwortung die Herausforderung angenommen, der wir uns in den nächsten Jahren gegenübersehen.

**Wir wollen unseren Platz als eine der führenden Industrienationen in der**

## BUNDESAUSSCHUSS

Rede Helmut Kohl

**Welt behaupten, wir wollen den Ausgleich wiederherstellen zwischen Anspruch und Leistung, zwischen Gegenwart und Zukunft. Und wir wollen der jungen Generation unseres Landes ihre Zukunft sichern.**

In diesem Jahr haben wir ein gutes Stück Weg zurückgelegt. Wir haben der Wirtschaft wieder Mut und den Menschen Vertrauen gegeben. Zuversicht und auch mehr Zukunftsglaube ist zurückgekehrt. Berechenbarkeit ist ein Gütezeichen dieser Regierung. In der Koalition der Mitte unter Führung der Union gibt es heute keine Alternative. Weder zu einer Politik, wie sie andere erträumen, noch zu den Mehrheitsverhältnissen im Bundestag. Rund 56% der Wähler haben dieser Regierung am 6. März ihr Vertrauen ausgesprochen.

Keine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat jeweils einen solchen Vertrauensbeweis erhalten. Diese Wahl war keine Wahl wie jede andere, wir haben offen und ehrlich erklärt, was von uns zu erwarten ist, wir haben keine Wohltaten versprochen, sondern angekündigt, daß der Weg der bergauf führt immer ein beschwerlicher Weg ist.

Unsere Mitbürger haben dieses Politik verstanden und sie mit Mehrheit gebilligt. Am 6. März hatten wir Erfolg, weil wir aufrichtig waren und gemeinsam unsere Politik vertraten. Und zwar nicht mit vordergründigem oder kleinmütigem Einschmeicheln bei einzelnen Gruppen, sondern mit dem Blick fürs Ganze. Auch das gehört zu jeder geistig moralischen Erneuerung, für die wir eintreten.

**Ich bin sicher, unsere Mitbürger werden an unserer Seite bleiben, wenn wir zu dem stehen, was wir vor der Wahl gesagt und was wir nach der Wahl in den Koalitionsvereinbarungen**

**und in meiner Regierungserklärung festgelegt haben.**

Es ist bemerkenswert, daß nach einem Jahr, das so vielen auch Opfer abverlangt hat, zum Jahresabschluß die großen demoskopischen Institute Zahlen aufweisen, mit denen wir sehr wohl zufrieden sein können. Wenn jetzt nach der Stationierungsdebatte die CDU/CSU wieder über 50 Prozent notiert, dann haben wir Grund, dankbar zu sein für dieses Ergebnis. Und wenn sich die Sozialdemokraten weiter im Abwärtstrend bewegen, dann haben sie Grund darüber nachzudenken, ob nicht vielleicht doch für diesen Trend jener blanke Opportunismus verantwortlich ist, den wir tagtäglich — leider — erlebt haben.

Einigkeit und Solidarität haben in diesem Jahr gerade in den grundsätzlichen Fragen bewiesen, daß wir uns an der Wende unserer Geschichte bewegen. Wie können wir die soziale Gerechtigkeit und die Zukunftschancen der jungen Generation sichern, angesichts der Einschränkungen, die uns die wirtschaftliche und finanzielle Lage notwendigerweise auferlegt? Welche Möglichkeiten haben wir, um der Industriegesellschaft in einer Zeit raschen wirtschaftsethologischen Wandels ein menschliches Gesicht zu bewahren? Was sind die moralischen Legitimationen und die Chancen einer Politik zur Sicherung von Frieden und Freiheit in einer Welt voller gefährlicher Waffen?

Ganz bewußt habe ich diese Themen in den Mittelpunkt meiner Rede unseres diesjährigen Parteitages gestellt, der ja, wie jeder inzwischen spürt, eine wichtige Station des Jahres 1983 und auch ein Höhepunkt in der Geschichte unserer Partei war.

Für die Sicherung unseres Friedens in Freiheit haben wir das Notwendige getan. An unserer Politik für die Gesundung un-

## Rede Helmut Kohl

## BUNDESAUSSCHUSS

serer Finanzen und für die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft haben wir festgehalten.

**Schon heute kann niemand übersehen und ernsthaft bestreiten, daß unsere Wirtschaft ihre krisenhafte Schwächung überwunden hat, daß sie neue Auftriebskraft und Dynamik entfaltet. Es gibt kaum einen Tag, an dem es nicht Hinweise dieser Art gibt.**

Natürlich wird es immer wieder Augenblicke geben, in denen uns der Wind ins Gesicht bläst. Auch 1983, und dies darf in einer offenen und ehrlichen Bilanz nicht fehlen, sind Rückschläge nicht ausgeblieben.

Unsere größte Enttäuschung, ich sage das auch sehr persönlich, war gewiß, daß dem engagierten Einsatz unseres Freundes Walter Wallmann, unserer Freunde in der CDU Hessen bei der Landtagswahl der Erfolg versagt blieb. Die hessische Partei hat sich großartig bewährt und großartig gekämpft. Es waren die bundespolitischen Argumente, die in Hessen gegen uns wirkten.

Schmerzlicher noch aber sind die Folgen aus der Wahl für das ganze Gemeinwesen. Die abenteuerlichen Umarmungsversuche von SPD und Grünen auf Kosten der getäuschten Bürger Hessens. Die SPD gibt vor, sie wolle die Politikfähigkeit der Grünen testen, so wie sie jahrelang die Belastbarkeit der deutschen Wirtschaft getestet hat.

**Was in Hessen in Wahrheit wirklich geprobt wird, das ist die neue Bündnispolitik der SPD. Das Bundesland Hessen soll zum Exerzierplatz werden für die Vorhut einer Mehrheit links und sonstwo weiter weg von der Mitte. Auf der Strecke bleiben die Interessen der Arbeitnehmer, wer konsequent prinzipienlos ist, der ist in Wahrheit auch nicht regierungsfähig.**

Nur an dem beklagenswerten Zustand der deutschen Sozialdemokratie sollten wir uns nicht erfreuen. Er mag uns kurzfristig parteipolitische Vorteile bringen, langfristig nimmt aber unser Land Schaden, denn eine gesunde Demokratie braucht eine starke Regierung und eine starke Opposition. Alle Welt hat vor dem Regierungswechsel miterlebt, wie Helmut Schmidt in entscheidenden sicherheitspolitischen Fragen von der eigenen Partei immer mehr in die Defensive gedrängt und schließlich im Stich gelassen wurde.

Immer mehr Sozialdemokraten gingen auf innere oder gar offene Distanz zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Immer mehr Sozialdemokraten verloren den klaren Blick für die wahren Ziele des Warschauer Paktes. Durch diffuse Äußerungen führender Sozialdemokraten geriet die Bündnispolitik unseres Landes ins Zwielficht, selbstgerechte Nörgeleien belasteten zunehmend unsere Stellung in der Atlantischen Allianz. Unser Vertrauenskapital im Westen, begründet durch die Staatskunst Konrad Adenauers, war bis zum Tag der Abwahl Helmut Schmidts ernstlich angegriffen.

Heute sind wir, die Bundesrepublik Deutschland, wieder verlässliche Freunde im Westen, kalkulierbare und daher geachtete Gesprächspartner für den Osten. Ich selbst habe mich intensiv engagiert bei zahllosen Begegnungen mit unseren Freunden in Westeuropa, in Nordamerika und in Japan sowie in vielen anderen Gesprächen auch und nicht zuletzt mit der sowjetischen Führung anlässlich meines Besuches in Moskau.

Im Gegensatz dazu beobachten wir unter der Schirmherrschaft des Parteivorsitzenden Willy Brandt in der SPD jene alten Vorbehalte wieder aufsteigen, die damals gegen unsere Westbindung in der Allianz

## BUNDESAUSSCHUSS

## Rede Helmut Kohl

vorgetragen wurden und von denen wir alle geglaubt haben, sie seien längst überwunden.

**Die drei sozialdemokratischen Verteidigungsminister, die der Bundesrepublik bisher gedient haben, Helmut Schmidt, Georg Leber und Hans Apel, wurden an den Rand der SPD gedrängt. In der Bundestagsdebatte zum NATO-Doppelbeschluß hat unser Freund Volker Rühl diesen Wandel der SPD zutreffend in einem Satz zusammengefaßt, ich zitiere: „Das Gesicht einer Partei läßt sich auch an ihren Außenseitern erkennen. Gestern Coppik, Eppler und Lafontaine, heute Schmidt, Matthöfer und Apel.“**

Wer diese Entwicklung in der SPD in den letzten 12 Monaten aufmerksam beobachtete, der weiß, der Regierungswechsel zur Koalition der Mitte am 1. Oktober 1982 kam gerade noch rechtzeitig für die Zukunftsentwicklung unseres Landes. Wer dies aber weiß, der kennt die große Verantwortung, die auf uns, der Koalition der Mitte, und in dieser Koalition der Mitte vor allem der entscheidenden, tragfähigen Säule der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zukommt.

In den letzten Jahren, vor allem auch in den letzten Monaten, haben wir leidenschaftlich um den richtigen Weg gerungen, wie der Friede in Freiheit für die Bundesrepublik und für den Westen insgesamt am besten gesichert werden kann. Das Denken und Handeln vieler Verantwortlicher in Ost und West hat sich fast ausschließlich auf die Frage der Mittelstreckenraketen konzentriert. Im gleichen Maße verschlechterten sich die politischen Beziehungen zwischen den Großmächten.

**Die Bundesregierung hat deshalb in meiner Regierungserklärung vom 4.**

**Mai die Absicht unterstrichen, die Gespräche mit den osteuropäischen Staaten, insbesondere mit der Sowjetunion, auf allen Ebenen zu führen und wenn möglich, zu vertiefen.**

Wir haben dies nicht nur getan, sondern im Bündnis wie bilateral verstärkt Initiativen ergriffen, den Rüstungskontrollverhandlungen auf allen Gebieten zum Erfolg zu verhelfen und neue Verhandlungsmöglichkeiten zwischen Ost und West, die über den Stationierungstermin hinausweisen, die Bahn zu ebnen. Deshalb haben wir den Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid mit ermöglicht, darauf gedrängt, damit am 17. Januar in Stockholm die Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa beginnen kann.

Die Bundesregierung hat dazu als erster Teilnehmerstaat ihre Vorstellungen im Bündnis eingebracht. Die Bundesregierung hat in Fortsetzung meiner Gespräche mit Generalsekretär Andropow in Moskau für den Frühsommer des nächsten Jahres zu einer internationalen Ost-West-Umweltschutzkonferenz nach München eingeladen, um vor allem gemeinsame Maßnahmen gegen das Waldsterben zu beraten.

Noch eine Woche vor der Bundestagsdebatte über den Doppelbeschluß hat die deutsch-sowjetische Wirtschaftskommission in Moskau getagt und weitere Schritte für die wirtschaftliche Kooperation beraten.

Das sind nur drei Beispiele, liebe Freunde, unseres Bemühens, den Dialog und die Politik der Verständigung mit der Sowjetunion fortzuführen und auszubauen. Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen können nur erfolgreich sein, wenn es gleichzeitig gelingt, politisches Vertrauen zwischen West und Ost zu schaffen. Wir

## Rede Helmut Kohl

## BUNDESAUSSCHUSS

werden dazu jeden nur denkbaren vernünftigen Beitrag leisten.

**Der Westen wird deshalb weiterhin alle Türen für Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen offenhalten. Dies gilt auch für die Genfer Verhandlungen über den Abbau der nuklearen Mittelstreckenraketen. Leider hat die Sowjetunion in dem Augenblick den Verhandlungstisch verlassen, als sich zum ersten Mal beide Verhandlungspartner in entscheidenden Punkten aufeinanderzubewegen.**

Nachdem die ersten drei Verhandlungsjahre, und das waren Jahre, in denen wir nicht die Regierungsverantwortung in Bonn hatten, ohne sichtbare Bewegung verstrichen waren, haben sich nicht zuletzt auf Drängen der Bundesregierung und unserer europäischen Freunde und Verbündeten die Vereinigten Staaten mehrfach kompromißbereit gezeigt und damit auch die sowjetische Führung veranlaßt, zu reagieren.

Wir werden auch weiterhin die amerikanischen Vorschläge unterstützen, in den START-Verhandlungen über strategische Interkontinentalwaffen nicht nur die Trägersysteme drastisch zu verringern, sondern auch die Zahl der Gefechtsköpfe der land- und seegestützten Raketen — wenn möglich — um 40 Prozent zu vermindern.

**Die MBFR-Verhandlungen über den Truppenabbau in Mitteleuropa gehen weiter. Auch hier findet ein enges, freundschaftliches Abstimmungsverfahren im Bündnis statt. Wir sind überzeugt, daß es auch in diesem Fall noch unausgeschöpfte Verhandlungsmöglichkeiten gibt.**

Deshalb werden wir im Bündnis eine neue Initiative einleiten, die ersten Schritte sind dazu getan. Im Genfer Abrüstungsausschuß werden wir uns weiter um ein Ab-

kommen bemühen, das Produktion und Lagerung aller chemischen Waffen nachprüfbar verbietet.

Der Beschluß der NATO, weitere 1 400 nukleare Gefechtsköpfe abzuziehen und so die Gesamtzahl um ein Drittel zu verringern, wird durchgeführt.

Die Bundesregierung ist bereit, auch andere Vorschläge und Initiativen zu unterstützen, wenn sie zu dem Ziel, der Verminderung der Rüstung in West und Ost, beitragen.

In diesem Sinne halten wir auch den Vorschlag einer Konferenz der fünf Nuklearmächte für durchaus erwägenswert. Wir werden aber auch, wie eingangs erwähnt, jede Chance der Zusammenarbeit in anderen Bereichen nutzen; politisch, wirtschaftlich, kulturell und im humanitären Bereich sowohl gegenüber der Sowjetunion als auch gegenüber den anderen Staaten des Warschauer Paktes.

**Ich wiederhole deswegen auch an dieser Stelle am Ende dieses Jahres noch einmal öffentlich meine Einladung an Generalsekretär Andropow, die ich im Juli letzten Jahres ausgesprochen habe.**

Die Außenminister Genscher und Gromyko haben vereinbart, ihre Gespräche im Frühjahr fortzusetzen. Das alles ergibt ein Bild einer intensiven bilateralen Kontaktaufnahme. Wir würden es, und ich wiederhole auch dies aus gutem Grund, weiterhin begrüßen, wenn im Verlauf des nächsten Jahres eine Begegnung zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem Generalsekretär Andropow zustande käme.

**Die Bundesregierung wird prüfen, welche Schritte wir einleiten können, gemeinsam mit unseren Freunden und Partnern im Bündnis die Bezie-**



**BUNDESAUSSCHUSS**

Rede Helmut Kohl

**hungen zu Polen wieder konstruktiver zu gestalten.**

Ich selbst beabsichtige im nächsten Jahr der Einladung des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Kadar, zu politischen Gesprächen nach Budapest zu folgen.

Dies alles ist wichtig, um jenen Kräften entgegenzutreten, die da glauben, daß nach einer klaren, politischen Entscheidung in der Bundesrepublik Deutschland im Blick auf den Stationierungsbeschluß, wie es auch Brandt einmal formuliert hat, eine Art neue Eiszeit der Beziehungen hereinbrechen würde.

In diesem Zusammenhang kommen die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR besondere Bedeutung zu. Ich habe von der Verantwortungsgemeinschaft gesprochen, die die beiden Staaten in Deutschland verbindet. Sie sollten gerade in schwierigen Zeiten konstruktive Zusammenarbeit zur Erhaltung des Friedens in Europa beinhalten.

Wir haben aufmerksam zur Kenntnis genommen, daß die DDR-Führung in den letzten Tagen trotz der von ihr als neu bewerteten Lage im Ost-West-Verhältnis ihr grundsätzliches Interesse an der Unterstützung des Abrüstungsprozesses, der Fortsetzung des Dialogs und der Weiterentwicklung friedlicher Beziehungen entsprechend des Vertragssystems bekräftigte.

**Die Bundesregierung wird ihrerseits die Politik des Dialogs von der langfristig angelegten Zusammenarbeit mit der DDR fortsetzen, wie dies in dem kürzlichen Abschluß einer Vereinbarung über die Reinhaltung des Flusses Regen sowie einer Vereinbarung über eine neue Postpauschale und**

**Verbesserungen im Post- und Telefonverkehr zum Ausdruck gekommen ist.**

Dies alles stellt nur ein Ausschnitt aus unserer Außen- und Sicherheitspolitik dar. Die Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit muß eingebettet bleiben in der Politik des Atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft. Eine solche Politik wird auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn sie verknüpft bleibt mit den Fortschritten in der vertieften Zusammenarbeit und Konsultation mit unseren atlantischen Bündnispartnern und in der Politik der Einigung Europas.

Ich weiß, und dies habe ich in den letzten Tagen gewiß nicht verhehlt, unsere Politik für das Zusammenwachsen Europas sowie für Reformen auf Weiterung der Europäischen Gemeinschaft, hat in Athen einen schmerzlichen Rückschlag erlitten.

**Wir werden uns dadurch aber nicht beirren lassen. Zur Gemeinschaft gibt es gerade für uns Deutsche, aber auch für alle unsere Partner keine glaubwürdige Alternative. Dem historischen Auftrag, die Völker Europas ständig enger zusammenzuführen, fühlen wir uns als Erben Konrad Adenauers ganz besonders verpflichtet.**

Im Bewußtsein der großen europäischen Tradition der Christlichen Demokraten werde ich keine Mühe scheuen, jeden Beitrag zu leisten der notwendig ist, um die Einigung weiter voranzutreiben. Es ist nicht zuletzt die allen Partnern bewußte Aussichtslosigkeit, Einzelinteressen auf Gemeinschaftskosten durchzusetzen, die mich mit der Zuversicht bestärkt, wie können, wir werden den Durchbruch schaffen. Ich möchte an der Spitze unserer Partei, wenn wir am 17. Juni 1984 bei der Wahl zum Europäischen Parlament vor unsere Wähler treten, sagen können: Wir haben

## Rede Helmut Kohl

## BUNDESAUSSCHUSS

die Sache Europa ein gutes Stück vorangebracht und damit der Sache unseres Landes und aller Deutschen gut gedient.

**Ich rufe alle in der Union auf, im Europawahlkampf 1984 mit aller Leidenschaft des Herzens bei den Bürgern, vor allem auch bei der jungen Generation, für die europäische Idee zu werben und ihnen unser Engagement ins Bewußtsein zu rufen. Diese Wahl muß durch die Beteiligung von möglichst vielen Bürgern zu einem Vertrauensbeweis für das Europäische Parlament und durch das Ergebnis zu einem Erfolg für die Christlich Demokratische Union Deutschlands werden.**

Als wir vor 14 Monaten die Regierungsverantwortung übernahmen, war nicht nur in der Außenpolitik der Kurs unseres Landes gefährdet. Die Bundesrepublik Deutschland fand sich in der wohl schwersten Krise ihrer Nachkriegsgeschichte. Der Zukunftspessimismus, ja die Zukunftsangst, die viele Menschen damals empfanden, bezog sich nicht nur auf die Lage der Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit, auf die Pleitelwelle, die Staatsverschuldung und die Inflation, sondern auch auf die Perspektivlosigkeit in den übrigen Politikbereichen, wie die soziale Sicherung, wie die Renten, die Umwelt, die Familienpolitik, die Ausländerpolitik, die Forschungspolitik und insgesamt auf die geistig-moralische Verunsicherung und Desorientierung vor allem auch bestimmter Teile der jungen Generation.

Wir hatten weit über unsere Verhältnisse gelebt. Die Wirtschaft schien ohne Dynamik, der Staat war nahezu handlungsunfähig.

**Deshalb setzten die Menschen ihre Hoffnung auf eine Wende in der Politik. Und sie hatten die Einsicht — ich**

**denke sie haben sie immer noch —, daß sie mit Opfern und Geduld auch ganz persönlich dazu einen Beitrag leisten müssen.**

Das war die Stimmung, in der wir, die Koalition der Mitte, die Verantwortung übernahmen. Meinungsumfragen aus der Zeit von November/Dezember 1982 zeigten damals, daß mehr als 80% der Bevölkerung der Feststellung zustimmten, wir können den Wohlstand von morgen nur sichern, wenn wir einige Zeit härter arbeiten und weniger Ansprüche stellen.

Diese Stimmung blieb vorherrschend bis zur Wahl am 6. März. Aber dann setzte ein merkwürdiger Prozeß des Stimmungswandels ein, den viele von Ihnen sicherlich auch bis weit hinein in den Kreis unserer Freunde und Wähler beobachten konnten. Es mehrten sich vor allem auch in der verfaßten öffentlichen Meinung die Stimmen, die kritisch danach fragten, wo denn die Wende bleibe.

Wenn es nach diesen Kritikern gegangen wäre, hätte die Wende eine radikal-massive Kehrtwendung und ihr Ergebnis ein wirtschaftlicher Boom sein müssen. Alles andere waren sie nicht bereit anzuerkennen. Ich befasse mich hier, weil es schade um die Zeit wäre, nicht mit den Urhebern dieser Kritik und auch nicht mit ihren Motiven. Aber es ist einfach wichtig zu wissen, daß diese hochgespielte Ungeduld in der Bevölkerung auch zu einem deutlichen Meinungsumschwung geführt hat, der schon im Mai spürbar war und den wir vor allem bis September bei den Wahlen in Hessen zu spüren bekamen.

**Inzwischen haben wir ein deutlich günstigeres Meinungsklima. Dazu haben die positiven Daten der Wirtschaftsentwicklung und die sehr günstigen Prognosen praktisch aller Experten in allen Bereichen beigetragen.**

## BUNDESAUSSCHUSS

Rede Helmut Kohl

Erstmals seit dem September 1980 wächst der Anteil derjenigen, die die Wirtschaftslage günstig beurteilten, und der Anteil derjenigen nimmt ab, die mit einer Verschlechterung der Wirtschaftsentwicklung rechnen. Weit über 80% der Bevölkerung glaubt heute, daß die Erholung der Wirtschaft andauern wird.

Ich habe Ihnen dieses Wechselbad der Stimmungen und seine Wirkung auch bei der Wahl in die Erinnerung zurückgerufen, weil es unser Führungsauftrag ist, den eingeschlagenen Weg der geistig-politischen Erneuerung, der Wiederbelebung unserer Wirtschaft ohne jede Aufgeregtheit auch in schwierigen Zeiten konsequent durchzuhalten.

Alle Daten, an denen man die praktischen Wirkungen unserer Politik beurteilen kann, zeigen, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Es ist nötig, Geduld zu haben, Mut aufzubringen und diese Entwicklung durchzustehen.

Das Bruttosozialprodukt wird nach langer Stagnation, ja sogar des Rückgangs, erstmals in diesem Jahr wieder real um 1% zunehmen. Für das nächste Jahr können wir mit einer Zuwachsrate zwischen 2 und 3% rechnen. Der Preisanstieg hat sich während unserer Regierungszeit mehr als halbiert. Von 5,6 auf zunächst 2,6%. Das ist eine gewaltige Leistung.

Erstmals im dritten Quartal dieses Jahres ist die Welle der Insolvenzen nicht weiter angewachsen. Im September 1983 haben wir wesentlich weniger Firmenzusammenbrüche als im Vorjahr.

**Auch der Anstieg der Arbeitslosenzahlen ist gebremst. Im Oktober/November waren die Zahlen saisonbereinigt sogar rückläufig. Der Sachverständigenrat rechnet damit, daß Ende 1984 die Zahl der Arbeitslosen er-**

**kennbar unter den heutigen Zahlen liegen wird.**

Die Ertragslage der Unternehmen, jedenfalls in vielen Bereichen, hat sich deutlich verbessert. Der private Verbrauch und eine wachsende Auslandsnachfrage beleben unsere Wirtschaft. Der Auftragseingang in der deutschen Industrie ist im Verhältnis zum Vorjahr kräftig gestiegen. Auch die Anlageninvestitionen sind in diesem Jahr um fast fünf Prozent höher ausgefallen als im letzten Jahr.

Diese Erfolge waren möglich, weil wir uns an vier grundsätzliche Leitlinien gehalten haben. **Erstens**, der Staat muß die verlorengegangene Handlungsfähigkeit wieder zurückgewinnen. **Zweitens**, die Sozialleistungen müssen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechen. Staatliche Zuwendungen müssen wieder den wirklich Betroffenen zugute kommen. **Drittens**, für die Wirtschaft müssen verlässliche und dauerhafte Rahmenbedingungen gelten, und **viertens**, der notwendige Strukturwandel unserer Wirtschaft muß angelegt und gefördert werden.

Diese Politik hat Opfer notwendig gemacht. Über 30 Millionen Bundesbürger sind von diesen Regelungen unmittelbar betroffen. Wir haben versucht, diese Opfer so gut es ging gerecht zu verteilen. Vor allem aber haben wir die dadurch freigewordenen Mittel sinnvoll so eingesetzt, daß sie auch sozial wirksam wurden.

**Sozial in diesem Zusammenhang nenne ich es, daß wir Schluß gemacht haben mit der uferlosen Schuldenpolitik zu Lasten der nachwachsenden Generation, daß wir die Inflationsrate halbiert und damit die reale Kaufkraft von Millionen von Haushalten deutlich gestärkt haben, daß wir den Anstieg der Arbeitslosigkeit gestoppt und dazu beigetragen haben, daß inzwi-**

## Rede Helmut Kohl

## BUNDESAUSSCHUSS

**schen rund eine halbe Million ehemaliger Kurzarbeiter wieder Vollohn beziehen.**

Das alles waren erste Erfolge. Aber es soll sich niemand täuschen, es bleibt noch viel zu tun. Der Abbau und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, das wichtigste Ziel deutscher Innenpolitik, kostet noch viel Kraft, viele Ideen und viel Durchstehvermögen. Ich kann im Blick auf die soziale Entwicklung noch eine Reihe anderer Beispiele nennen. Den wichtigsten sozialen Ertrag unserer Politik sehe ich aber neben der Konsolidierung der sozialen Sicherungssysteme darin, daß die Menschen wieder Hoffnung haben können auf eine mittel- und langfristige Sicherung unseres Wohlstandes.

**Ich bin fest davon überzeugt, daß unser Land nach wie vor die moralische, die geistige und auch die materielle Kraft hat, um mit den Problemen fertig zu werden, die sich für den Rest des Jahrhunderts stellen.**

Der großartige Erfolg, den die Lehrstellenaktion dieses Jahr gehabt hat, ist für mich der Beweis dafür, daß private Initiative, das Gemeinsinn mehr vermag als die Drohung mit Zwangsmitteln eines von seinen Aufgaben überforderten Staates. Wenn in diesem Jahr über 700 000 junge Menschen einen Ausbildungsplatz erhalten konnten, so ist dies der absolute Rekord in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

**Anstelle der von der Wirtschaft zugesagten Zahl von 30 000 Lehrstellen wurden 60 000 neue Stellen zur Verfügung gestellt. Und diese Lehrstellenzusage war ein großartiges Ergebnis bürgerschaftlicher, ja ich sage bewußt patriotischer Gesinnung, an der sich Großbetriebe, Unternehmer und Betriebsräte, Gewerkschafter, Hand-**

**werksmeister, Einzelhändler, Leute im freien Beruf gleichermaßen beteiligt haben. Und das alles ohne staatlichen Zwang.**

Das ist eine großartige Leistung gewesen. Wir müssen diese Anstrengungen in den kommenden beiden Jahre 1984 und 1985 wegen der geburtenstarken Jahrgänge wiederholen. Dazu brauchen wir Phantasie und den Mut auch zu unkonventionellen Maßnahmen. Gemeinsam mit den Kammern müssen wir dies schaffen. Und ich bin davon überzeugt, daß es wenig andere Aufgaben gibt, vielleicht kann man sogar sagen, keine andere Aufgabe gibt, die so wichtig ist wie die, daß wir der jungen nachwachsenden Generation Solidarität beweisen.

Wir können nicht erwarten, daß der 19jährige junge Mann ja sagt zu seiner Pflicht, den Dienst in der Bundeswehr zu tun, wenn dieser gleiche junge Mann vier Jahre zuvor als 15jähriger den Blick auf seine Zukunft, auf sein Lebensglück, auf seine Ausbildungschance, auf eine Gesellschaft und einen Staat mit verschlossenen Türen erlebt hat. Deswegen ist die Frage der Ausbildungsplätze die Frage nach der Kraft unseres Landes, nach dem Willen, jungen Leuten und damit der Zukunft des Landes zu helfen.

Ich sagte, wir wollen eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Und deshalb brauchen wir Wachstum, und deshalb müssen wir auch die technologische Herausforderung annehmen. Unserem Anspruch werden wir nur dann gerecht, wenn es uns gelingt, in unserem Land eine Welle von Existenzen und Neugründungen auszulösen.

**Es wird eine der großen Herausforderungen des nächsten Jahres sein, daß wir anstelle der vielen, vielen Tausenden Betriebe, die in den letzten Jahr-**

## BUNDESAUSSCHUSS

Rede Helmut Kohl

**ren untergegangen sind, die Chance eröffnen, auf eine möglichst unbürokratische Weise zu vielen neuen Existenzgründungen zu kommen.**

Der Vergleich mit der Zahl der Arbeitsplätze im letzten Jahrzehnt zwischen uns in Europa, den Deutschen auf der einen Seite und den Amerikanern zeigt, daß eine wirklich drastische Veränderung dieses Bildes nur durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze in neuen Betrieben, dynamischen Betrieben, zukunftsorientierten Betrieben möglich ist.

Lassen Sie uns nicht auf jene falschen Propheten hereinfließen, die unserer Großindustrie den Rat geben, bei der Rationalisierung zurückhaltend zu sein und nicht zugeben, daß wir nur durch Rationalisierung überhaupt auf den Weltmärkten konkurrenzfähig sind.

Dabei geht es mir, so wichtig es natürlich ist, nicht nur um neue Existenzen, um neue Arbeitsplätze, um einen wirtschaftlichen Wachstumseffekt. Ich sehe hier auch die Chance, Pioniergeist, Kreativität und technischen Begabungen zum Durchbruch zu verhelfen. Ich sehe darin die Chance, die Anonymität von Großbetrieben etwas aufzulockern durch eine menschlichere, flexiblere Arbeitswelt in kleinen und auch in mittleren Betrieben.

Ich sehe in einer Verstärkung der Position des Mittelstandes eine entscheidende Stärkung der Positionen einer freiheitlichen Demokratie in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung wie in der Bundesrepublik Deutschland.

Ich sehe die Chance, eine umweltfreundliche und in der Arbeitsplatz- und Arbeitszeitgestaltung moderne, in die Zukunft orientierte Industrie aufzubauen.

Die Bereitschaft, sich selbständig zu machen, etwas zu wagen, ist in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor vor-

handen. Aber wir müssen auch den bürokratischen Schutt wegräumen, der solche Initiativen Jahr für Jahr mehr behindert hat.

**Wir haben uns vorgenommen, in den nächsten Wochen in einer ersten Runde in dem Bereich des Baurechts, in einer zweiten Runde an dem Bereich des Gewerberechts und in einer dritten Runde im Bereich des Arbeitsrechts bis zum Frühling des kommenden Jahres den Deutschen Bundestag und den Deutschen Bundesrat notwendige Vorschläge für die Entbürokratisierung zu machen.**

Wir sind nicht weniger tüchtig als die Leute in Japan und in Amerika. Wenn es in den Vereinigten Staaten gelungen ist, in den schwierigen 70er Jahren über 20 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, dann sollten wir im Rahmen unserer Möglichkeiten zu einer vergleichbaren Leistung fähig sein.

Wir wollen nicht den Mangel umverteilen, auch nicht den Mangel an Arbeitsplätzen. Deshalb, und auch im Blick auf unsere internationale Konkurrenzfähigkeit, halte ich weiterhin, trotz all der Schelte, die ich dafür beziehe, die Forderungen nach der Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für den falschen Weg.

**Wir wollen, daß sich Leistung wieder lohnt. Deshalb arbeiten wir an einer Reform der Lohn- und Einkommensteuer. Dabei geht es uns auch um die familienpolitische Komponente. Familien mit Kindern sollen deutlich weniger Steuern zahlen als Ehepaare ohne Kinder.**

Insgesamt ist es unser Ziel, die Familien mit mehreren Kindern aus dem sozialen Abseits herauszuführen, in der sie die Politik der letzten Jahre gedrängt hat. Dazu

gehört auch unsere Entscheidung, das Mutterschaftsgeld ab 1987 allen Müttern zu geben. Unsere Gesellschaft, muß wieder familien- und kinderfreundlich werden.

Das ist wahrlich nicht nur eine Frage der materiellen Ausstattung, sondern daran muß in vielen Bereichen gearbeitet werden. Auf allen Ebenen unserer Staatlichkeit, beim Bund, bei den Ländern und bei den Gemeinden, im Wohnungsbau, der Städteplanung, in der Schulpolitik.

Neben der Sorge um unsere wirtschaftliche Zukunft und neben der Friedensdiskussion hat kaum ein anderes Thema in diesem Jahr die Menschen so stark bewegt wie die Umweltpolitik, und hier vor allem das dramatische Waldsterben. In diesen Erfahrungen und Entwicklungen summiert sich der negative Ertrag jahrelanger Versäumnisse. Auch in der Umweltpolitik mußten wir einen neuen Anfang machen. Sie alle kennen unsere Initiativen, ich nenne hier nur die Stichwörter Großfeuerungsanlagenverordnung, TA-Luft, bleifreies Benzin, Ursachenforschung zu den Waldschäden und die von mir erwähnte internationale Umweltschutzkonferenz.

**Dort, wo andere über viele Jahre viel geredet haben, haben wir in wenigen Monaten wichtige Maßnahmen und Initiativen ergriffen. Umweltschutz ist im besten Sinne des Wortes eine konservative Aufgabe.**

Wenn wir oft darüber diskutieren, welche Elemente der deutschen Parteientradition bei uns die wirksamsten sind, die christlich-soziale, die liberal-freiheitliche oder die konservative, dann finde ich, hier ist ein Beispiel in großartiger Weise zu beweisen, daß wir auch echte Konservative sind.

Wir haben in wenigen Monaten unseren Bundesparteitag, in der Zeit vom 9. bis 11. Mai in Stuttgart. Dieser Bundesparteitag

ist ein wichtiger Markstein für die zukünftige Entwicklung der Politik in der Bundesrepublik Deutschland und für die Politik der Union. Im Mittelpunkt der Diskussion und nach sorgfältiger Vorbereitung und den entsprechenden Beschlußpapieren, die in die Partei hinausgehen, werden wir uns unterhalten über die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Zukunft unseres Landes.

Wie wird das Bild sein und wie ist unser Anforderungsprofil an die Soziale Marktwirtschaft in den 80er und 90er Jahren? Dazu ist eine Diskussion notwendig, und zu dieser Diskussion gehören dann natürlich auch Papiere.

Was ich mir einfach ausbitte ist, daß jeder, der Papiere verfaßt und sie diskutiert oder von einem entgegengesetzten Standpunkt aus kommentiert, zu keinem Zeitpunkt vergißt, daß dies ein Beitrag zur Diskussion zu sein hat, nicht mehr und nicht weniger, und daß die Partei als Ganzes darüber entscheidet. Niemand hat das Recht, für seinen Standpunkt vor dem Beschluß die Partei als Ganzes zu vereinnahmen. Wir sollten eine solche Fachdiskussion, die zur Lebendigkeit einer demokratischen Partei gehört, miteinander mit Gelassenheit und Ruhe führen.

Nicht jeder, der eine andere Meinung vertritt, ist bereits ein Verräter an der Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft. Keiner von uns hat das große Erbe Ludwig Erhards für sich allein gepachtet. Dieses Erbe beinhaltet viele Perspektiven, auch die Perspektive der Herausforderung der 80er und 90er Jahre.

**Wir alle sind uns im klaren, daß in den ersten sechs Monaten 1984 die entscheidenden wirtschaftspolitischen Daten gesetzt werden müssen. Das, was wir bis Sommer auf den Weg gebracht haben, wird noch in dieser Le-**

**gislatorperiode zum Ertrag heranreifen. Was wesentlich später kommt, kommt auch zu spät für die späterfolgenden Entscheidungen. Deswegen ist meine dringende und herzliche Bitte für Sie alle, daß wir uns jetzt auf diese Frage konzentrieren. Unsere Mitbürger im Lande erwarten dies.**

Der Stahlarbeiter in Dortmund genauso wie der, der im Bayerischen Wald auf eine Strukturveränderung hofft. Sie erwarten, daß das Elend, das durch zögerliches Verhalten und zu langes Warten im Bereich von regionalen und strukturellen Verschiebungen unserer Gesellschaft uns in diese Lage gebracht hat, beendet wird. Daß wir die Zukunft hier öffnen, das wird heftige Diskussionen, etwa über die Bundesbahn, aber auch notwendige Entscheidungen bringen. Und wir sind immer stark, und wir werden immer Anhänger gewinnen, wenn wir nützlich, vernünftig, offen, und fair miteinander diskutieren.

Aber am Ende müssen wir klare Beschlüsse fassen und diese Beschlüsse einhalten. So verstanden, braucht die Koalition der Mitte auch keine innere Opposition, sondern das solidarische Miteinander für die gemeinsame Sache, das gilt für alle Partner, es gilt auch für das Innenverhältnis der Unionsparteien. Und damit ich nicht mißverstanden werde, ich habe dabei keine Probleme mit und in der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

**Dieses Ziel ist in einem Gespräch am besten zu erreichen. Ich war dazu immer bereit und werde es auch in Zukunft sein. Was ich ablehne, sind irgendwelche Schaukämpfe im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Zum Wesen einer Koalition gehört der Kompromiß. Der Kompromiß, der nach offener Diskussion gefunden wird und dann auch allgemein vertreten wird.**

Grundlage dafür ist nicht nur Gemeinsamkeit in der Sache, sondern auch der Respekt, wenn möglich der kameradschaftliche Respekt voreinander.

Ich will aus diesem Grunde mich ausdrücklich bedanken für den Teamgeist am Kabinetttisch und für die Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung als Institution, den Koalitionsfraktionen und natürlich den Regierungsparteien.

Wir haben gute Arbeit geleistet, wir haben Erfolg gehabt, wir haben auch Mißerfolge zu verzeichnen. Aber wir sind sicher, daß wir den richtigen Weg eingeschlagen haben. Es geht wieder aufwärts mit unserem Vaterland. Und wir werden uns nicht damit begnügen, die Erblast unserer Vorgänger abzutragen und dann so einfach wieder Platz zu machen.

**Unsere Aufgabe in der deutschen Politik ist die Sicherung der Zukunft in Frieden und Freiheit für das ganze Vaterland. Dazu werden wir unsere Pflicht tun.**

### Den Aufschwung sichern

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat unmittelbar nach der Haushaltsdebatte des Bundestages unter dem Titel „Den Aufschwung sichern/Unsere Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik/Eine Bilanz“ eine weitere Broschüre herausgebracht. Sie ist in Einzel exemplaren erhältlich bei der **CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Bundeshaus, 5300 Bonn 1.**

Gerhard Stoltenberg:

## Wir dürfen die Dynamik des Neubeginns nicht verlieren

Herr Vorsitzender, meine lieben Parteifreunde, verehrte Gäste. Am vergangenen Freitag hat der Deutsche Bundestag einmütig, was die Stimmen der Koalitionsfraktionen anbetrifft, die Begleitgesetze und den Bundeshaushalt 1984 verabschiedet. Ganz sicher ist dies zum Schluß des Jahres eine politische Entscheidung, der eine außerordentlich große Be-

**S**o standen neben den großen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik vor allem diese Themen im Vordergrund der Auseinandersetzungen und der politischen Arbeit dieses Jahres. Zu den positiven Erfahrungen gehört, daß es uns gelungen ist, zu einer Einheit in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu kommen. Ohne die Ziele der Wirtschaftspolitik und die der Finanz- und Sozialpolitik zu verbinden und nach Diskussionen im Anfangsstadium auch über mögliche Zielkonflikte zu einheitlichen Ergebnissen zu kommen, besteht keine Chance, diese zentralen Aufgaben in der Bundesrepublik Deutschland zu meistern.

**Ich möchte unserem Freund Norbert Blüm herzlich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit danken und beziehe auch ausdrücklich den Kollegen Otto Graf Lambsdorff in diesen Dank mit ein.**

Die politische Aufgabe, die wir als Partei haben, ist, die Einzelentscheidungen, die in einer Zeit der Sanierung zum Teil auch als schmerzlich empfunden werden, in ei-

deutung zukommt. Mit der Entscheidung am 6. März war in ganz besonderer Weise die Erwartung verbunden, daß die neue Koalition der Mitte, insbesondere die Wirtschaftskrise überwinden werde, die Staatsfinanzen und sozialen Sicherungssysteme festigen und die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt erzielen könne.

nen Begründungszusammenhang zu stellen. Klar zu machen, warum Sparbeschlüsse unvermeidlich waren, klar zu machen, warum bestimmte geltende Leistungen zurückgenommen werden mußten und Erwartungshorizonte zu korrigieren sind und dieser Begründungszusammenhang unserer Politik, orientiert am Begriff des Gemeinwohls, führt zu dem Begriff Ordnungspolitik.

**Mit Aktionismus und Geschafelhubelei, vordergründigem Wettbewerb um Schlagzeilen oder vermeintlicher Erfolgserlebnisse werden wir auch in den nächsten Jahren die uns wirklich gestellten großen Herausforderungen der 80er Jahre nicht meistern.**

Ordnungspolitik beginnt mit einem geordneten Denken, mit einer verständlichen Sprache, beginnt mit der Fähigkeit, nicht nur zu entscheiden, sondern vor dem Entscheiden auch nachzudenken und hinzuhören, das was man mit dem modischen Ausdruck Dialogfähigkeit heute zu beschreiben versucht. Ordnungspolitik heißt



# BUNDESAUSSCHUSS

# Rede Gerhard Stoltenberg

für uns in der Tat Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft.

Denn eine wesentliche Ursache für die Krise, die zum Scheitern der alten Koalition gehörte und die uns die Chance des Neubeginns gab, ist ja, daß Grundregeln freiheitlicher und sozialer Marktwirtschaft in den Jahren nach 1969 zunehmend außer Kraft gesetzt, mißachtet wurde und von dort her das Leistungsvermögen unserer Volkswirtschaft geschwächt, aber auch die Erfahrungswelt der Menschen geändert wurde, weil zunehmend Zweifel entstand, ob der Staat noch bereit ist, den Bürgern auch den wirklichen Lohn für berufliche Tüchtigkeit, persönliche Verantwortung, Schaffungsfreude und soziales Engagement zuzusprechen.

**Diese Grundlagen wieder in Ordnung zu bringen, ist die Aufgabe, die uns über den Ertrag dieser ersten zwölf, vierzehn Monate hinaus gestellt ist und die wir nie aus dem Auge verlieren dürfen. Von diesen Grundlagen her, diesem ordnungspolitischen Denken her, können wir den Begründungszusammenhang gewinnen für das, was wir getan haben und die Maßstäbe gewinnen für das, was noch an Aufgaben vor uns liegt.**

Die Ordnung der Staatsfinanzen ist ja nicht ein Selbstzweck oder ein Spezialthema für Finanz- und Haushaltspolitiker, also für Fiskalisten wie gelegentlich etwas abwertend gesagt wird, sie ist eine zutiefst sittliche Frage, sie ist eine zutiefst soziale Herausforderung und sie ist ökonomisch notwendig, und dasselbe gilt für die Gesundung der sozialen Sicherungssysteme. Hier noch eindeutiger und klarer, weil soziale Sicherungssysteme ja mit dem Begriff des Generationenvertrages und der Verlässlichkeit unmittelbar verbunden sind und sie gilt auch für die wirtschaftlichen

Aufgaben, die uns im engeren Sinne gestellt sind: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Alle Diskussionen über wirtschaftliche Aufgaben und über Arbeitsmarktpolitik können an dieser zentralen Aufgabe nicht vorbeigehen.

**Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft, das ist nicht ein technokratischer oder ein rein ökonomischer Begriff, sondern dieses Ziel bleibt der Schlüssel dafür, daß wir die Arbeitsmarktprobleme der nächsten Jahre und der nächsten Generation meistern können.**

Manche Diskussionen über Arbeitszeit leiden in der Tat daran, daß der Eindruck erweckt wird, es gehe darum, einen schrumpfenden Arbeitsmarkt umfassender oder gerechter zur Verteilung zu bringen. Ohne eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage, von einem stärkeren Angebot der Arbeit durch Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft werden wir die Arbeitsmarktprobleme der 80er und 90er Jahre nicht meistern können.

Das Angebot an Arbeit, an bezahlbarer Arbeit, zu vergrößern, ist das erste Ziel. Und von hierher können wir uns dem Begriff des Wachstums auch in einer Zeit nähern und Wachstum sinnvoll begründen, in einer Zeit, die zu Recht zunehmend durch die ökologische Diskussion bestimmt ist.

**Dynamische Kräfte zu wecken in einer wieder wachsenden Volkswirtschaft mit einem strengeren ökologischen Ordnungsrahmen ist die Aufgabe, die uns hier gestellt ist und die theoretische und programmatische Diskussion unserer Partei in den nächsten Jahren entscheidend prägen muß.**

Die Ziele und die Mittel der Politik wieder in Übereinstimmung zu bringen, um es in einem anderen Zusammenhang deutlich zu machen, die gewaltige Neuverschuldung der letzten 12 Jahre seit der Ära Brandt war im Grunde ein Vorgriff auf Wachstum, das überhaupt noch nicht stattgefunden hatte. Und daß von den Verfassern der Ordnungsrahmen der SPD in den beginnenden 70er Jahren, die von extremen Wachstumsvorstellungen und Zielen ausgingen, zunehmend übergeleitet wurde in Wachstumspessimismus und Wachstumsskeptizismus. Dieser Widerspruch linken Denkens und linker Politik findet seinen greifbaren, seinen faßbaren Ausdruck in der dramatischen Steigerung einer explodierenden Staatsverschuldung, die schließlich nicht mehr unter Kontrolle gehalten werden konnte.

**So ist unsere finanzpolitische Aufgabe der Gesundung der öffentlichen Finanzen ökonomisch richtig, moralisch geboten und sozial notwendig. Sozial notwendig, weil eine Fortsetzung der Politik hemmungsloser Schuldenmacherei uns zwangsläufig in eine inflationäre Entwicklung hineintreiben würde, deren Kosten die ärmeren Gruppen unserer Bevölkerung, die sozial Schwachen, in schlimmster Weise bezahlen müßten.**

Gesundung der Staatsfinanzen, Bekämpfung der Inflation, Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen, eine Politik, die Zinssenkungen unterstützt, dies alles steht in einem unmittelbaren Zusammenhang. Die ersten Schritte dieser neuen Politik sind ja mit den Entscheidungen des Jahres 1983 offensichtlich auch von immer mehr Menschen verstanden worden.

Wenn die wirtschaftlichen Daten, vor allem in der Perspektive für 1984, sich in den letzten Monaten spürbar verbessert ha-

ben, Helmut Kohl hat es aufgewiesen, in den Auftragseingängen, in der Bereitschaft, Betriebe zu erweitern, in der deutlichen Zunahme der Zahl der Existenzgründungen, in der Belebung der privaten Wohnungsbautätigkeit und vielem anderen mehr, dann spiegelt dies vor allem eines wider: unser Vertrauen auf die mündigen Bürger, ihre Bereitschaft, Entscheidungen und Signale einer neuen Politik aufzunehmen und in ihrem persönlichen Bereich zu nutzen, erweist sich als richtig.

**Vertrauen auf den mündigen Bürger, das ist ja einer der Gründe, weshalb mit unseren politischen Grundentscheidungen auch verbunden ist eine schrittweise Zurückführung eines überhöhten Staatsanteils.**

Die Entscheidung, die Ausgaben auch in den kommenden Jahren, was den Bund anbetrifft, und entsprechende Erklärung der Länder und Gemeinden liegen vor, mit Wirkung ab 1985 deutlich auf der Ausgabenseite zu begrenzen, soll ja nicht nur zu einem Abbau der Neuverschuldung, soll ja nicht nur zu einer Verbesserung der Struktur unserer Haushalte führen, sondern uns auch den Spielraum dafür verschaffen, daß wir zu wirksamen steuerlichen Entlastungen, zu einer Erweiterung des privaten Bereichs der Eigenverantwortung und des sozialen Engagements kommen können.

Diese Aufgaben müssen wir im neuen Jahr mit großer Energie anpacken. Was wir in der vergangenen Woche im Deutschen Bundestag beschlossen haben, was auch von der veröffentlichten Meinung in positiver und bemerkenswerter Weise gewürdigt wurde, ist ja nicht mehr und nicht weniger als ein gutes Zwischenergebnis.

**Wir dürfen, meine Freunde, die Dynamik des Neubeginns in der politi-**

## BUNDESAUSSCHUSS

## Rede Gerhard Stoltenberg

**schen Arbeit, in der parlamentarischen Tätigkeit und in der öffentlichen Diskussion nicht verlieren. Wir dürfen nicht gute Zwischenergebnisse als endgültige Erfolge oder gar Problemlösungen ansehen.**

Ich bin davon überzeugt, daß die Ergebnisse dieser Politik nach den zunächst schmerzlichen Eingriffen in Besitzstände im nächsten Jahr in der persönlichen Erlebnis- und Erfahrungswelt von immer mehr Menschen auch als positiv empfunden wurden. Die Halbierung der Inflationsrate als entscheidende Voraussetzung dafür, daß eine sparsame Ausgabenpolitik sozial erträglich wird, eine gewisse Trendwende auf dem Arbeitsmarkt, die es zu verstärken und auszugestalten gilt, aber wenn wir, um eine aktuelle Zahl hier zu erläutern, im November 1983 500 000 Kurzarbeiter weniger haben als vor 12 Monaten, dann heißt das auch, daß 500 000 arbeitende Menschen durch den Übergang in die Vollzeitarbeit und ihre Familien ein real verfügbares Einkommen von im Schnitt 300 DM mehr monatlich haben, als 12 Monate zuvor. Auch das ist eine soziale Wirkung dieser Politik. Mehr Menschen die Chance für die berufliche Erfüllung und die Selbstbestätigung und die Eigenverantwortung in der Arbeitswelt zu schaffen, ist ein entscheidender Punkt, ein entscheidender Maßstab für den Erfolg dieser Politik.

**Wir dürfen die Dynamik des Neubeginns nicht verlieren. Das gilt für die weiteren Entscheidungen zur Gesundung der öffentlichen Finanzen.**

Nur im Trend der katastrophalen Ausgangswerte unserer Vorgänger ist das jetzt erreichte Zahlenbild, etwa in der Neuverschuldung, für den Bund, auch für andere kommunale Gebietskörperschaften, für die Länder, positiv zu sehen. Nur im

Trend, noch keineswegs in den absoluten Zahlen. Wir können uns nicht damit zufriedengeben, wenn wir im nächsten Jahr etwa 33 Milliarden Schulden machen in Bonn, nachdem wir eine Eröffnungsbilanz von einer drohenden Neuverschuldung von über 50 Milliarden Mark übernahmen.

**Wir müssen, wenn es gelingt, zu anhaltendem wirtschaftlichen Wachstum zu kommen, eine Situation schaffen, in der der Bund weit weniger als 20 Milliarden DM Neuverschuldung macht, wir müssen uns die Perspektive offenhalten, daß eines Tages, wie zu Fritz Schäffers Zeiten, in wirtschaftlich günstigen Jahren, überhaupt keine Schulden gemacht werden und alte Schulden wieder zurückgezahlt werden.**

Vor allem aber haben wir die Ziele so zu setzen, daß für den nicht auszuschließenden Fall einer neuen Periode der Stagnation, der Staat über Reserven verfügt, über die Mittel verfügt, in einer schwierigeren Zeit wirklich Kräfte einzusetzen, für die wirtschaftliche Belebung und für die Arbeitsmarktpolitik. Diese Vorsorge in besseren Jahren für schwierigere Zeiten ist ein sittliches Prinzip der privaten Lebensverantwortung und es muß wieder ein politisches Prinzip für eine vorausschauende und verantwortliche Finanzpolitik mit dem Blick über die Probleme des Tages hinaus sein.

**Dennoch wollen wir uns den Spielraum schaffen, für Entscheidungen zur Entlastung der Bürger, vor allem der berufstätigen Menschen und der Familien in der Steuergesetzgebung.**

Die Debatte der letzten Woche hat, wie ich glaube, für etwas mehr Klarheit in der uns gestellten Aufgabe gesorgt. Ich will hier bekräftigen, auch weil es andere Überlegungen und Denkanstöße aus den

## Rede Gerhard Stoltenberg

## BUNDESAUSSCHUSS

eigenen Reihen gegeben hat, das nächste große Ziel, die nächste große steuerpolitische Aufgabe, die wir uns gesetzt haben, die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer ist, eine Steuersenkung für alle Berufstätigen, die Arbeitnehmer genauso wie die Selbständigen.

**Zweitens**, diese Gesetzgebung muß verbunden werden, mit einer besonderen steuerlichen Entlastung für die Familien.

**Drittens**, wir wollen uns in den nächsten Monaten die Zeit nehmen, um die Struktur im Finanzrahmen und die Hauptelemente dieser steuerlichen Entscheidung sorgfältig vorzubereiten. Man kann niemanden daran hindern, auch nicht Politiker des Koalitionspartners, jetzt schon Einzeltermine oder Einzelvorstellungen in der Öffentlichkeit zur Debatte zu stellen.

**Ich bin nach über 10 Jahren Erfahrungen mit der Steuergesetzgebung unserer Vorgänger und den Enttäuschungen, die sie auslöste, davon überzeugt, daß es richtig ist, das Ergebnis sorgfältig gewissenhaft, ohne Hektik und ohne Popularitätshascherei vorzubereiten, das heißt in der Zeit von Januar bis Juni, um dann nach einem sorgfältigen Diskussionsprozeß vor der Sommerpause dieses Ergebnis nach Beschlußfassung mit den zuständigen Organen der Öffentlichkeit vorzustellen und von dort mit der Umsetzung in die Gesetzgebung zu beginnen.**

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens, meine lieben Freunde, ist ein Ergebnis des Konzeptes, wobei die Frage, ob es Stufen in dem Inkrafttreten, in der Inkraftsetzung geben kann, sehr wohl zu den Prüfungsaufträgen und den Fragen gehört, die in diese Diskussion der kommenden Monate hineinspielen. Eine dauerhaftere Entlastung muß das Ziel sein. Neben der Entla-

stung für Familien, vor allem für jene Gruppen, die heute im Progressionstarif in der Grenzbelastung so stark getroffen werden, daß sie daran zweifeln müssen, ob das Ergebnis beruflichen Aufstiegs, persönlicher Leistung und Tarifverhandlung für sie überhaupt noch vom Staat bei Steuer und Abgaben einigermaßen angemessen anerkannt werden. Eine Steuersenkung wird nur ein dauerhaftes Ergebnis für die Bürger haben, wenn wir zugleich den jahrelangen Prozeß der permanenten Steigerung der Sozialabgaben abbremsen können.

**Es hat keinen Sinn, wie es seit 1970 so oft geschah, daß der Staat auf der einen Seite steuerliche Entlastung gibt und zum selben Zeitpunkt über höhere Sozialabgaben den berufstätigen Menschen die Wirkungen dieser steuerlichen Entlastung weggenommen werden.**

Die Harmonisierung von Steuer- und Abgabepolitik gehört hier zu den wichtigsten Aufgaben. Es ist eine der großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, und die wir im zweiten Jahr dieser Wahlperiode meistern müssen. Andere kommen hinzu. Die künftigen steuerlichen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau festzulegen, die Frage, mit welchen Mitteln und vielleicht auch die Steuerpolitik die bessere Förderung der Bildung von Risikokapital voranbringen kann. Die Aufgabe, die Bedingungen für Existenzgründungen zu verbessern. Die Aufgabe, vor allem Forschung und Entwicklung nachhaltiger zu fördern. Die Aufgaben, die uns in der Familienpolitik über steuerliche Entscheidungen hinaus gestellt sind. Aber auch das drängende Problem, notleidengewirtschaftete Unternehmen, wie die Deutsche Bundesbahn, wieder auf eine feste Grundlage zu stellen. Die großen Pro-

# BUNDESAUSSCHUSS

## Rede Gerhard Stoltenberg

bleme der europäischen Gemeinschaft zu lösen. Jene Aufgaben, die Helmut Kohl in den Vordergrund seiner Rede gestellt hat, die aber natürlich auch Fragen für unsere künftige Finanz- und Haushaltspolitik mit sich bringen.

**Für uns als Union besteht vor allem die Notwendigkeit, die gute Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden, insbesondere auch in der Finanzpolitik weiter auszubauen und zu sichern. Wir betreiben als Abgeordnete des Bundestages, als Mitglieder der Bundesregierung Politik im Bundesstaat, und keiner von uns, der hier in Bonn tätig ist, darf einen Augenblick vergessen, daß die Stärke unseres demokratischen Staates, aber auch die Kraft der Union entscheidend im bundesstaatlichen System der Bundesrepublik Deutschland verankert ist.**

In einer lebendigen Selbstverwaltung, in Ländern, die in der Lage sind, ihre eigenen Aufgaben, ihre Verantwortung wirksam und überzeugend durchzuführen. Aber umgekehrt gilt auch, daß für unsere Kommunal- und Landespolitiker nach einer Zeit, in der wir wieder Regierungsverantwortung in Bonn tragen, das Verständnis von Politik sich ein Stück verändert hat in einer noch nachhaltigeren Betonung unserer aller Verantwortung für das Gesamtgeschick der Bundesrepublik Deutschland.

Meine lieben Freunde, wenn wir so mit einigem begründeten Optimismus in das Jahr 1984 hineingehen können, in der Hoffnung, daß die positiven Zeichen, die wir in den Wirtschaftsdaten spüren, die Erfahrungs- und Erlebniswelt von immer mehr Menschen bestimmen, so wissen wir auch, daß die längerfristigen Probleme noch nicht gemeistert sind.

**Es bleibt vieles zu tun, um mit unseren Kräften dafür zu sorgen, daß die beginnende Wirtschaftsbelebung von Dauer sein wird.**

Es bleibt auch vieles zu tun für uns, damit wir unsere internationale Verantwortung auch in der Finanz-, Währungs- und Wirtschaftspolitik wahrnehmen.

Wir haben in den letzten 12 Monaten einen wichtigen Beitrag geleistet, auch im Hinblick auf die gewaltigen Probleme der internationalen Handels-, Währungs- und Wirtschaftspolitik. Die gewaltigen Schuldenprobleme so vieler Länder der Dritten Welt unter Kontrolle zu halten und unseren Beitrag dafür zu leisten, daß nicht große Teile der Dritten Welt in Lateinamerika, in Afrika und Asien durch die Verschuldens- und Wirtschaftskrise endgültig in Elend und Hoffnungslosigkeit versinken. Eine wirtschaftliche, eine außenpolitische und eine moralische Aufgabe. Mit steigenden Mitteln, die wir auch als Bundesrepublik hierfür einsetzen.

Die Gesundung und Neubestimmung der Politik der Europäischen Gemeinschaft, die Bereitschaft, unsere Märkte auch für die Erzeugnisse der Entwicklungsländer offenzuhalten und da, wo es möglich ist, ein Stück weiter zu öffnen. Wirtschaftliche Gesundung, Aufschwung, nicht als rein technokratisches oder ökonomisches Problem, sondern als ein Beitrag zur Lösung der sozialen Aufgaben unserer Zeit über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus in der Verantwortung auch für die Weltwirtschaft und vor allem für jene Völker, die so stark im Schatten der Wohlstandsgesellschaften des Westens leben.

Ich will mit einer persönlichen Bemerkung schließen. Wenn ich, wie Sie alle, in diesen Monaten seit dem Frühjahr gelegentlich auch die harte Kritik von Verbänden und

Organisationen gespürt habe, das gilt ja auch für manchen unserer eigenen Parteifreunde in Verbänden und Organisationen des öffentlichen Dienstes, wenn ich in Diskussionen mit Betroffenen die Frage gestellt habe, ob das zumutbar ist, was wir manchem jetzt zumuten müssen, dann gab es für mich im Nachdenken und Abwägen immer zwei Orientierungspunkte.

**Einmal die Erfahrungswelt meiner eigenen Jugend, in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland, in denen Politiker der Union wie Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Fritz Schäffer unter wesentlich bescheideneren Lebensverhältnissen, was privaten Wohlstand und Gesetzgebung anbetraf, unserem Volk nicht nur Optimismus und Zuversicht vermitteln konnten, sondern zugleich geordnete Staatsfinanzen und zuverlässige Finanzen der Sozialversicherungssysteme.**

Die zweite aktuelle Erfahrung, der zweite Orientierungspunkt ist die Begegnung mit Menschen, die im anderen Teil Europas und vor allem im anderen Teil Deutschlands nicht nur unter den Bedingungen der Unfreiheit leben, sondern mit einem

unvergleichlich bescheideneren Lebensstandard als auch jene bei uns, die sich heute über Kürzungs- und Sparbeschlüsse beschweren und beklagen. Man kann dort so viele Menschen treffen in ihrem privaten Lebensbereich, und dann kann man ja auch die Lebensumstände sehr genau bemessen, die nicht nur das Schicksal der Unfreiheit tragen, sondern die auch unter bescheidensten Verhältnissen ein Leben in persönlicher Würde überzeugend und erfüllt gestalten. Nicht daß wir unsere eigenen Zukunftsvorstellungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nun an diesem Beispiel orientieren.

**Im Gegenteil, wir wollen die Fundamente eines richtig verstandenen Wohlstandes in unserem Lande schaffen und festigen, aber wir wollen uns nicht einreden lassen, daß das, was wir für die Gesundheit tun, unerträglich sei, sondern wir wollen klar machen, daß unsere Verantwortung über den Tag hinausreicht, auch der Generation unserer Kinder die Voraussetzung für Wirtschaftskraft, für Wohlstand, für ein sozial würdiges Leben in Frieden und Freiheit zu schaffen.**

Norbert Blüm

# Wir brauchen Partnerschaft statt Klassenkampf

Meine Damen und Herren, ich glaube, es sind drei Bedingungen des Erfolges, die es auch in Zukunft zu beachten gibt. Erstens gibt es keine isolierte Finanzpolitik, isolierte Sozialpolitik, isolierte Wirtschaftspolitik. Entweder gewinnen wir zusammen oder wir verlieren. Es gibt keine finanzpolitischen Erfolge bei einem politischen Desaster und umgekehrt nicht. Deshalb, das Hick und Hack zwischen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, durch das sich die alte Koalition ausgezeichnet hat, das ha-

**D**as zweite Erfolgsgeheimnis ist gar nicht so neu, es ist ein uraltes Adenauerisches, es ist ein Erfolgsgeheimnis, das sich bereits im Wiederaufbau bewährt hat, mit Klassenkampf ist nichts zu machen, nur indem wir zusammenstehen. Weder werden es die Arbeitgeber allein schaffen, noch die Gewerkschaften, noch die Regierung. Entweder arbeiten die drei zusammen, oder der Karren bleibt dort, wo er ist. Wir müssen ihn gemeinsam aus der Gefahrenzone bringen. Partnerschaft habe ich nie verstanden als eine Idylle ohne Gegensätze, ohne Meinungsverschiedenheiten. Partnerschaft setzt voraus, daß man sich in die Lage des anderen versetzen kann, ohne den eigenen Standpunkt aufzugeben.

Dritter Punkt: Wir haben in diesem Jahr auch in der eigenen Anhängerschaft schon manches Stimmengeflatter erlebt. Es scheint eine gewisse bürgerliche

ben wir stillgelegt, das haben wir demontiert. Ich will auch an dieser Stelle, das bezieht sich nicht nur auf die Kooperation der Sachgebiete, sondern auch auf eine wohlthuende persönliche Erfahrung in diesem schweren Jahr, Dank sagen an die Fraktion unter Alfred Dregger, denn ich weiß, daß die Regierung, unter Vollbeschäftigung, unter Überbeschäftigungszwängen leidend, nur mit sehr viel Verständnis und durch große Unterstützung der Fraktion das Werk zustande bringen konnte.

Schwäche zu sein, dem Selbstmitleid einen Genuß abgewinnen zu können. Ich kann es nicht.

**Wir werden es nur schaffen, wenn uns auch Optimismus und Selbstvertrauen begleitet. Das ist doch geradezu ein Wechsel in der Parteienlandschaft. Die alte Arbeiterpartei SPD, von Fortschrittsglauben gedrängt, geht jetzt fremd mit den Grünen. Und die Grünen, wenn ich sie recht verstehe, sind eine romantische Bewegung, deren Zivilisationskritik aus dem 19. Jahrhundert stammt.**

Wir müssen den Platz auch wieder einnehmen, Hoffnung, Optimismus, Zuversicht mit der Politik zu verbinden und nicht die Untergangsliteratur zur einzigen Wachstumsbranche der deutschen Wirtschaft zu machen.

**Insofern gilt es auch zu üben innerhalb der Union, tue Gutes und rede**

## Rede Norbert Blüm

## BUNDESAUSSCHUSS

**darüber. Es gilt auch, Erfolge öffentlich darzustellen und nicht erst bei Schwierigkeiten sich zu Wort zu melden, das ist vielleicht auch eine Umstellung, die uns aberlangt wird von der Oppositionspartei zur Regierungspartei.**

Die Opposition lebt von Angriff und Kritik, das ist immer so. Eine Regierung muß aber auch darstellen, was sie erreicht hat. Und deshalb werden wir diese Selbstdarstellung auch im Positiven verstärken müssen und wir haben doch Grund dazu. Wenn das unter Helmut Schmidt passiert wäre, was im letzten halben Jahr passiert ist, daß die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt zurückgeht, daß die Zahl der offenen Stellen, gemessen am Zugang an offenen Stellen, gemessen am Vorjahresmonat um 35 Prozent zugenommen hat, das die Kurzarbeit um 52 Prozent zurückgegangen ist, was hätte daraus die SPD gemacht.

Und den größten Erfolg haben wir bei der Jugendarbeitslosigkeit aufzuweisen. Sie hat abgenommen, nicht nur relativ, sondern auch absolut. Im November 4400 Jugendarbeitslose weniger. Es könnten Feinschmecker sagen, was sind schon 4000; das ist 4000mal mehr Lebenschance, Zufriedenheit und Glück. Jeder muß wissen, die Besserung geschieht nicht mit einem Hauruck-Verfahren, wir müssen auch bereit zu Ausdauer sein, zu einer Politik Schritt für Schritt, und es müssen die Schritte in die richtige Richtung sein, und daß es die richtige Richtung ist, das zeigen auch die Erfolge.

Helmut Kohl hat vom Lehrstellenrekord gesprochen. 685 000 Lehrstellen wurden in diesem Jahr geschaffen. Im letzten Jahr waren es 651 000, mehr als 30 000 Lehrstellen mehr, nur mal zum Vergleich. 1975

waren es nicht 685 000, 1975 waren es 479 000.

**Diesen Rekord darzustellen ist auch deshalb wichtig, damit in dieser Gesellschaft sich auch die Einsicht durchsetzt, daß man etwas bewegen kann, daß nicht alles so bleiben muß und daß man zur Besserung nicht nur den Staat, neue Paragraphen und Gesetze braucht, sondern auch das Zusammenwirken von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Staat.**

Nicht der Zwang, nicht die Bürokratie, nicht die Reglementierung haben ihn bewerkstelligt, sondern die Einsicht vieler, die mitgewirkt haben. Ich sehe dies auch in einem Kontrastprogramm zu dem, was die SPD, Weltmeister im Miesmachen, noch Anfang des Jahres angekündigt hat. Herr Roth, 1. März 1983: Im Januar werden es mehr als drei Millionen Arbeitslose sein. Herr Jens im Mai: Ende des Jahres werden es 3,5 Millionen Arbeitslose. Wir haben immer noch zu viele. Damit niemand glaubt, ich würde hier Entwarnung verkünden, wir haben immer noch zwei Millionen zuviel Arbeitslose.

**Aber die Voraussagen der SPD waren doppelt so hoch als die Wirklichkeit und was ein wichtiger Unterschied ist, der Abstand zwischen Prognose und Wirklichkeit, den gab's ja schon früher bei der SPD, da waren die Prognosen besser als anschließend die Wirklichkeit, diesmal ist es umgekehrt.**

Wir haben vorsichtigere Prognosen und sind von der Wirklichkeit überholt worden. Wir sind von der Wirklichkeit positiv überholt worden.

Und ein zweiter Erfolg: Preissteigerungsrate halbiert. Ja, meine Damen und Herren, das ist viel wert, wenn die Preissteigerungsrate um drei Prozent zurückgeht.



# BUNDESAUSSCHUSS

Rede Norbert Blüm

das ist für die Kaufkraft der Beteiligten soviel wie drei Prozent mehr Lohn, das ist soviel wie drei Prozent mehr Rente. Von diesem Kaufkraftgewinn spricht keiner. Wären die alten Preissteigerungsraten so hoch gewesen, wie unter SPD-Zeiten, dann wäre die Rente drei Prozent schmaler, ebenso die Sozialhilfe und der Lohn. Für den Nettolohn bedeutet das einen Kaufkraftgewinn von 15 Milliarden, für die Sozialleistung einen Kaufkraftgewinn von 10 Milliarden.

Die ganze Ergänzungsabgabe, die die SPD wie eine Monstranz vor sich herträgt als Retter und Heiler, die bringt bei einem Prozent 600 Millionen, bei fünf Prozent drei Milliarden. Soviel, wie wir den Schwächeren durch Preisstabilität verschafft haben, bringt die ganze Ergänzungsabgabe nicht ins Portemonnaie, selbst, wenn sie funktionieren würde.

**Beitragssenkungen in der Krankenversicherung, kein Mensch spricht darüber! Ja, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wir müssen darüber sprechen! Eine Milliarde Beitragssenkung in der Krankenversicherung, in einer Zeit, die durch Senkungen eigentlich nicht gekennzeichnet ist.**

Eine Milliarde, das bedeutet im Portemonnaie der Arbeitnehmer 500 Millionen Mark mehr, und wir rechnen damit, daß im nächsten Jahr noch einmal zwei Milliarden Beitragssenkungen in der Krankenversicherung zustande kommen. Wir sparen, nicht weil Sparen ein Selbstzweck wäre. Wir sparen, um Schulden abzubauen, die Voraussetzung für Steuerentlastungen zu schaffen, das Sozialsystem zu stabilisieren, um überhaupt wieder Luft zum Atmen, Nachschub für Gestaltung zu haben, Schulden abzubauen.

**Allein für die Zinsen, die Gerhard Stoltenberg zahlen muß, müssen fünf**

**Millionen Arbeitnehmer Lohnsteuer zahlen. Das Lohnsteueraufkommen von fünf Millionen Arbeitnehmern ist so hoch wie die Zinslast des Bundes. Fünf Millionen Arbeitnehmer, das ist zweimal die IG Metall. Für nichts anderes als Zinsen.**

Hätten wir nicht gespart, wäre die Rentenversicherung zahlungsunfähig gewesen. Was hätten Rentner aber vom Zusammenbruch ihrer Rente? Hätten wir nicht gespart, wäre im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit ein Defizit von 14 Milliarden, das ist soviel wie die ganze Kriegsopferversorgung kostet. Sie sehen, wir hatten gar nicht die Wahl, sparen oder nicht sparen.

**Wichtig ist, daß wir das Sparen nicht als Einsammeln betrieben haben, wo ist noch Geld, was wir einnehmen können, sondern daß wir es verbunden haben mit einem Konzept.**

Jede Maßnahme ist ein Beitrag zu einer strukturellen Verbesserung. Keine Maßnahme ist lediglich von Buchhaltern erdacht und das Ergebnis von Rechenübung. Jede Maßnahme hat eine Perspektive auf Konsolidierung.

Ich nenne als erstes die Verstärkung des Subsidiaritätsgedankens. In Sachen Solidarität unterscheiden wir uns nicht von den Sozialisten. Ich kann mir keine Gemeinschaft vorstellen, wo jeder sich selber überlassen bleibt. Das wäre die Gesellschaft der Egoisten. Der Unterschied liegt im Verständnis der Solidarität, ob Solidarität als staatliche Veranstaltung, Solidarität im Sinne der Nivellierung — alle müssen gleich sein — oder ob wir Solidarität im Sinne der Gliederung der Gesellschaft, eines Aufbaus von unten nach oben verstehen.

Wenn wir sagen, Entstaatlichung, halte ich es für ein Mißverständnis, Entstaatlichung zu übersetzen mit Privatisierung, mit Ver-

einzelung. Entstaatlichung heißt, die Familie stärken, die Selbstverantwortung stärken. Es muß nicht alles der Staat machen. Und deshalb braucht noch lange nicht das Risiko zu individualisiert werden.

**Ich glaube, daß Subsidiarität konkretisiert, versinnbildlicht und anschaulich gemacht werden muß durch unsere Familienpolitik. Wer für weniger Staat ist, muß für mehr Familie sein.**

Und wer für weniger Bürokratie ist, der muß für mehr Selbstverwaltung sein. Ich stelle mir ein Sozialsystem vor, in dem sich Renten- und Krankenversicherung selbst steuern. Es muß gar nicht unser Ehrgeiz sein, alles reglementieren zu wollen. Schaffen wir ein Sozialsystem, das sich selbst reguliert, denn nichts kann der Sozialversicherung schädlicher sein, als daß sie der Hektik eines Gesetzgebers ausgesetzt wird, der meistens vor Wahlgängen in großen Versuchungen steht, und mehr verspricht, als er halten kann.

Überlaßt die Sozialversicherung der Selbstverwaltung der Beteiligten. Und ein zweites: Ich sehe auch einen Perspektivenwechsel. Wir können Sozialpolitik nicht nur betreiben durch die Brille der Leistungsempfänger. Das ist ganz wichtig. Wer erhält Sozialleistung? Ist unsere Sozialleistung gerecht? Aber die Gerechtigkeit beginnt nicht erst auf der Ausgabenseite. Die Gerechtigkeit beginnt auch auf der Einnahmenseite. Wir können nicht nur die Bedürftigkeit zum Kriterium nehmen. Zu einer gerechten Sozialpolitik gehört auch die Zahlungsfähigkeit der Beitragszahler, das sind nämlich auch Arbeitnehmer. 90 % in unserer Gesellschaft sind Mitglieder der Rentenversicherung. Wer glaubt, die 10 %, die da draußen wären, würden mit staatlichen Zuschüssen das System unterhalten, der muß noch einmal

einen Grundkurs in Mengenlehre machen. Das bezahlen die alle selber.

**Deshalb gehen wir mit den Mitteln der Betroffenen, die auch auf der Ausgabenseite wieder auftauchen, sorgsam um. Und ich sehe einen zweiten Perspektivenwechsel, den ich gerne am Beispiel verdeutlichen will.**

In Sachen Arbeitsmarkt müssen wir nicht nur die Gefahr der Entlassung bekämpfen, sondern auch die Chance der Einstellung, der zweiten Seite des Arbeitsmarktes, im Blick behalten. Wir betreiben keine Sozialpolitik, die Tabularasa macht. Wir betreiben keine Sozialpolitik, die mit Renten, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung so macht, als würden wir noch einmal am Punkt Null beginnen. Das können nur Theoretiker. Das ist ein gewachsenes System. Für Kahlschläger ist in der Sozialpolitik kein Raum.

In der Sozialversicherung müssen wir das System an seine Finanzierungsfähigkeit anpassen, wir erfinden nicht Bismarck zum zweiten Mal. Wir müssen es langfristig solide finanzieren können. Da fangen wir mal bei der Rentenversicherung an. Heute kommen auf 100 Beitragszahler 40 Rentner, 1990 werden es 37 sein. Im Jahre 2030 72. Sie sehen, allein in der Bevölkerungsentwicklung kommen auf die Rentenversicherung neue Herausforderungen zu. Wir warten nicht erst, bis das Kind im Brunnen liegt. Vorausschauende Politik muß frühzeitig handeln. Zu spät kommt meistens teuer zu stehen.

**Ich sehe, wenn man den Herausforderungen begegnen will, drei Alternativen: Entweder wir erhöhen die Beiträge, dann müßten wir die Beiträge verdoppeln, oder wir senken das Rentenniveau, dann müßten wir es im Grunde halbieren, oder wir machen die Rentenversicherung schlanker.**

# BUNDESAUSSCHUSS

## Rede Norbert Blüm

Für Beitragserhöhung im Sinne von Verdoppelung sehe ich keinen Spielraum, das wäre illusionär. Rentenniveausenkung, Halbierung, das wäre unsozial. Es bleibt uns nur die dritte Möglichkeit: das System in sich schlanker zu machen, in sich stimmiger zu machen. Insofern ist Sparen doch auch eine Chance, ein System zu verbessern. Wir sollten Sparen nicht immer nur defensiv angehen. Der Zwang der knappen Mittel kann auch ein Zwang zu mehr Fantasie, ein Zwang zu Treffsicherheit sein.

Bei der Rentenversicherung ist die Frage zu stellen, für was ist die Rentenversicherung schon da. Ich antworte darauf, sie ist in erster Linie das, was sie schon bei Bismarck sein sollte: eine Alters- und Invaliditätssicherung der Arbeitnehmer, sie ist nicht das Heil aller Sozialprobleme. Leider war das so, wo immer etwas Gutes auftauchte, da hat es die Sozialversicherung, in Besonderheit die Rentenversicherung, aufgeladen bekommen. Alles in guter Absicht.

**Wir müssen für Behinderte noch mehr machen, aber doch nicht über die Beiträge der Rentenversicherung. Wir müssen noch viel mehr Familienpolitik machen, aber doch nicht über die Beiträge der Rentenversicherung.**

51% der Rentenzugänge des Jahres 1982 waren Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten. Was einmal als Ausnahme gedacht wurde, ist letztlich zur Regel geworden. Und noch etwas näher hingeschaut, 41% von denen, die nicht gewartet haben bis zur regulären Altersgrenze, sondern erwerbs- oder berufsunfähig geworden sind, 41% von denen waren in den letzten fünf Jahren vor dem Versicherungsfall überhaupt nicht pflichtversichert beschäftigt. Der Arbeitnehmer, dessen Gesundheit beschädigt ist, soll Zugang zur Rente

haben, aber die Rente ist nicht eine Entlastung für Betriebe, die ihre Personalprobleme abbauen, für solche, die jahrelang schon nicht mehr mit dem Arbeitsmarkt in Kontakt waren. Die Erwerbsunfähigkeitsrente ist eine ganz typische Lohnersatzfunktion. Lohnersatz kann man nicht beziehen, wenn man gar keinen Lohn empfangen hat.

Ich weiß, daß diese Maßnahme, und deshalb will ich es hier aussprechen, auch als frauenfeindlich attackiert wurde, in der Tat werden davon auch Hausfrauen betroffen. Da muß ich Sie zuvor auf eine Ungereimtheit aufmerksam machen. Bis jetzt war das so, um in die Alterssicherung hineinzukommen, um die normale Altersrente zu erhalten, mußte man 15 Jahre Beitrag gezahlt haben. Um in die Erwerbsunfähigkeitsrente zu kommen, genügen schon fünf Jahre.

**Ich fürchte, wenn wir hier nichts geändert hätten, wäre die Erwerbsunfähigkeitsrente zu guter Letzt nichts anderes geworden als ein Rentenzugang für diejenigen, die die 15 Jahre nicht zustande gebracht hätten.**

Lassen Sie es abseits aller Theorie am Beispiel meiner Mutter deutlich machen. Die hatte acht Jahre Beitrag gezahlt zur Rentenversicherung und dann hat sie geheiratet. Weil sie mehrere Kinder geboren hat, hat sie auf Erwerbstätigkeit verzichtet und hatte acht Jahre Beitrag. Die hatte keinen Zugang zur Altersrente, die hat keine eigenständige Alterssicherung, die hätte nur, gebrechlich wie sie war, vor 20 Jahren schon Erwerbsunfähigkeitsrente beantragen können. Die fünf Jahre hat sie zusammen. Meine Mutter wußte das gar nicht, daß eine Hausfrau erwerbsunfähig werden könnte. Ich fürchte nur, ihre Enkel werden es alle wissen. Und damit wir nicht eine Rentenversicherung ausgehebelt bekommen, haben wir das geändert..

Wir machen keine Rentenpolitik für die Cleveren, die alle gesetzlichen Bestimmungen kennen. Wir machen Rentenpolitik für Herr und Frau Jedermann, und deshalb schaffen wir eindeutige Voraussetzungen. Und deshalb langt für alle fünf Jahre Zugang, jeder muß fünf Jahre Beitrag gezahlt haben, dann kann er eine normale Rente bekommen, und die Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente machen wir zu. Von dieser Verkürzung auf fünf Jahre werden von 100 Begünstigten fünf Frauen betroffen sein. Ich sage das so ausführlich, damit Sie dieser Welle entgegentreten können, wir würden eine Politik gegen die Frauen machen.

Eine zweite Welle wird laufen, läuft, wir würden eine Politik gegen die Behinderten machen. Lassen Sie mich dies abseits aller Ideologie ganz konkret schildern. In den Behindertenwerkstätten arbeiten Behinderte, die bekamen bisher für diese Arbeit in den Werkstätten — unterstellt, sie hätten einen Verdienst — 90% des Durchschnittsverdienstes. Das ist mehr als sehr viele Frauen erhalten, die in der Erwerbsarbeit sind. Wir senken das jetzt und treffen auf den Protest, damit würden die Behinderten der Sozialhilfe überantwortet.

Ich habe das nie ganz verstanden. Während des ganzen Erwerbslebens leben diese Behinderten aus zwei Einkommensquellen, nämlich aus dem geringen Entgelt und der Sozialhilfe. Wenn man ihnen plötzlich eine 90%ige Rente unterstellt, in dem Moment, wo sie pensioniert werden, da sollen sie plötzlich aus der Sozialhilfe ausscheiden und die Rentenversicherung soll alles übernehmen. Wieso eigentlich wird die Sozialhilfe so diskriminiert, wieso ist die Rentenversicherung für Familienpolitik, für Arbeitsmarkt, für alles mögliche zuständig? Sie wird zusammenbrechen. Und damit sie nicht zusammenbricht, muß je-

der an seinem Ort geheilt werden und nicht alles in der Heilanstalt Rentenversicherung.

Ich gebe zu, daß eine solche Politik, Sie merken es an mir, gewisse Darstellungsschwierigkeiten hat, man muß zu sehr ins Detail gehen. Aber ich denke, daß die Politik der großen Sprüche sowieso vorbei ist, daß die Bevölkerung gemerkt hat, nur in Einzelheiten, nur in der Anstrengung auch zum Detail können überhaupt Verbesserungen bewerkstelligt werden.

Ein anderer Punkt ist das Krankengeld. Das Krankengeld wird ab 13. Monat rentenversicherungspflichtig, vorher nicht. Jetzt frage ich Sie, warum ab 13. Monat. Heute ist es so, daß das Krankengeld 80% des Bruttoverdienstes beträgt, höchstens den Nettoverdienst. In Wirklichkeit also Nettoverdienst, denn welcher Glückliche hat weniger als 20% Abzüge. So ist das Krankengeld identisch mit dem Nettoverdienst, und das hat nichts mit unbarmherzig zu tun, sondern entspringt einer Voraussicht in Entwicklungen.

**Wir werden keine Sozialpolitik durchhalten, wo eine Sozialleistung genauso hoch ist wie der Lohn von dem sie abhängt. Wer sie durchhalten, wer so etwas als guter Mensch durchhalten will, ich meine, das macht man immer gerne, der muß eine große Überwachungsbehörde einrichten. Da ich gegen Überwachungsbehörden bin, machen wir es lieber so.**

Ich sehe auch wieder große Aufregung, daß wir die Witwenabfindung auf zwei Jahre beschränkt haben. Also, wenn eine Witwe heiratet, bekommt sie für zwei Jahre die Rentenversicherung ausgezahlt.

Da wird gesagt, das sei ein Wiederverheiratungshemmnis, da kann ich nur darauf aufmerksam machen, auch im öffentlichen Dienst war bisher nur zwei Jahre Abfin-

dungsregel, während es in der Rentenversicherung fünf Jahre waren.

**Ich kann nicht feststellen, daß die Wiederverheiratsquote im öffentlichen Dienst wesentlich geringer gewesen ist, weil ich so naiv die älteren Leute nicht einschätze, daß sie vor der Hochzeit eine genaue Kosten-Nutzen-Analyse durchführen, um dann zu entscheiden, ob sie heiraten oder nicht. Das dient der Harmonisierung, wer so rechnet, der rechnet bei fünf Jahren nicht anders als bei zwei Jahren.**

Aktualisierung ist ein weiterer Gesichtspunkt. Wir binden die Rente an die Lohnentwicklung des Vorjahres. Bisher folgte sie mit dreijährigem Abstand. Das führte dazu, daß einmal die Rentner davongelaufen sind mit ihrer Rentenerhöhung und die Lohnempfänger gesagt haben, wieso erhalten die 3% mehr als ich, und ein anderes Mal die Rentenempfänger über die Löhne sich erregt haben. Wenn wir sie zeitlich näher aneinander bringen, den Maßstab unmittelbar der Lohnentwicklung folgen lassen, dann machen wir deutlich, daß die Rentenversicherung ein Boot ist, in dem jung und alt sitzen. Und ich finde, daß ist wichtig, um die Generationen nicht auseinanderzusprennen.

Die Krankenversicherung muß von dem Schicksal befreit werden, wie die Rentenversicherung für alles zuständig zu sein. Wenn wir den Gesundheitsbegriff der Weltgesundheitsorganisation und allgemeines Wohlbefinden zugrunde legen, gibt es auf dieser Welt nichts mehr, was Sie nicht auf Krankenschein behandeln können. Und das ist nicht finanzierbar.

Deshalb haben wir eine Reihe von Bagatellmedizinen, ich nehme das mehr als pädagogisches Lehrstück, herausgenommen aus der Leistungspflicht der Kran-

kenversicherung. Ich sehe auch nicht ein, daß Jahr für Jahr ganze Hausapotheken zentnerweise mit Pillen gefüllt werden, die Jahr für Jahr im Müllleimer landen. Wer seine Hustentabletten kaufen will, der soll sie auf eigene Rechnung kaufen, und nicht auf Rechnung der Krankenversicherung der Solidargemeinschaft.

**Unser großes Programm, unsere große Aufgabe wird sein, die Krankenhäuser auf eine neue Finanzierungsgrundlage zu stellen, das ist der eigentliche Explosionsherd. Und, meine Damen und Herren, es war ja auch nicht gerade der beste Einfall, das Selbstkostendeckungsprinzip für die Pflegekosten. Der Krankenhauschef, der sparsam wirtschaftet, der hat davon gar nichts, der bekommt niedrige Pflegekosten.**

Wer auf dieser Welt spart schon gern für andere. Man muß in das System einen Anreiz schaffen, daß Sparen zur Rücklage führt.

Und drittens wird ja der Ruf laut, eine eigene Pflegeversicherung zu schaffen. Sie treffen in mir nicht auf einen Freund einer solchen Einrichtung, denn ich fürchte, wenn Sie eine eigene Pflegeversicherung für Pflegefälle schaffen, das ist ein Angebot, das sich seine eigene Nachfrage beschaffen wird. Es könnte auch sein, daß ein 70jähriger vom Sohn hört, „Vater, du hast jetzt ein Leben lang bezahlt, sieh zu, daß die Investition sich auch rentiert hat, da vorne ist ein Pflegeheim“. Diese Pflegeheimbetriebe könnten durchaus zu einem sehr rentierlichen Geschäft werden. 80% der Pflegefälle sind gar nicht in Heimen, die sind zu Hause, werden von Nachbarn, von Freunden geholfen.

**Warum reden wir eigentlich immer nur über die Sozialpolitik der Institutionen, warum reden wir nicht über die**

## Rede Norbert Blüm

## BUNDESAUSSCHUSS

### **Sozialpolitik auch derjenigen, die versuchen, aus eigener Kraft ihre Probleme zu meistern, auch die bedürfen unserer Unterstützung.**

Deshalb bin ich dafür: ambulante Versorgung geht vor stationärer. Dann muß aber auch der ambulanten Versorgung eine Unterstützung gewährt werden. Das kann man der Familie nicht allein überlassen.

Ein großes Problem wird die Ärzteschwemme sein, die vor der Tür steht. Mein Wort ist es nicht, weil es die Ärzte abwertet, als wären sie eine Überschwemmung, aber richtig ist, daß, wenn das Studienverhalten so bleibt, wir vor einer großen Erhöhung der Arztzahlen stehen. Wenn wir nicht Berufssperren erlassen wollen, dafür bin ich nicht, und andererseits auch keine Besitzstände einkommensmäßig garantieren können, dann müssen diese Ärzte wissen, daß ihr Einkommen so nicht bleibt wie es jetzt ist. Das ist die ganze marktwirtschaftliche Lösung: was knapp ist, ist teuer. Und was zahlreich ist, wird etwas billiger. Mir hat man gesagt, die Müllmänner in San Francisco verdienen mehr als die Professoren; nicht, weil sie wertvoller wären, nur weil es weniger Müllmänner gibt als Professoren. In der Tat, wer immer von Marktwirtschaft spricht, der muß wissen, daß auch hier ein marktwirtschaftlicher Mechanismus Preise reguliert, daß es hier keine Besitzstände gibt.

**Ich weiß, daß dieser Satz wieder als eine besondere Aggression ausgelegt wird, ich mache aber nur auf die Ordnungsprinzipien der Marktwirtschaft aufmerksam, die gelten nämlich nicht nur für die Arbeitnehmer, die gelten auch für andere Bevölkerungsgruppen.**

Die eigentliche Umstellung, die passiert nicht im Bereich der Sozialversicherung,

da sind wir konservativ im besten Sinne des Wortes „Bewährtes zu erhalten, Erreichtes zu sichern“. Die eigentliche Umstellung passiert aus meiner Sicht im Bereich des Arbeitsrechtes. Dieses Arbeitsrecht folgt immer einer kollektiven Tradition, was auch ganz selbstverständlich war, in einer Zeit, in der die Arbeitnehmer eine kleine schutzbedürftige Gruppe waren, sehr homogen. Heute sind wir eine differenzierte Gesellschaft. Da läßt sich nicht mehr alles über einen Kamm scheeren. Ich sehe in der Differenzierung allerdings eine Chance für Freiheit. Deshalb brauchen wir die Zusammenarbeit zwischen Staat und Gewerkschaft. Der Staat sollte sich in seiner Gesetzgebung auf Mindestnormen, auf Grundlagen beschränken. In Zeiten arbeitsmarktpolitischer Anspannung sieht das Schutzrecht anders aus als in Zeiten der Vollbeschäftigung.

**In Zeiten der arbeitsmarktpolitischen Anstrengung geht es nicht nur darum, zu schützen, daß derjenige, der drin ist, nicht rausfliegt, da geht es auch darum, daß der, der draußen ist, eine Chance hat, wieder reinzukommen, denn es könnte sein, daß das, was als Schutz gedacht war, zur Sperre für diejenigen wird, die draußen sind. Und ich sehe durchaus eine Gesellschaft mit neuen Klassenspaltungen, die die drinnen sind, richten sich häuslich ein, machen die Türen zu, und die draußen sind, werden durch Unterstützung mitgeschleppt.**

Meine Gesellschaft ist das nicht. Jeder hat ein Anrecht, mit seiner Hände Arbeit mitzuwirken, auch die Schwächeren, auch diejenigen, die landläufig als Schwächere gelten, ohne schwächer zu sein. Ich sehe beispielsweise in der Anordnung des Mutterschaftsgeldes nicht unbedingt in jedem

Falle eine Hilfe für die Frau. Am Mutter-schaftsgeld soll nichts gekürzt werden, aber wenn das Mutterschaftsgeld vom Einzelbetrieb gezahlt wird, 14 Wochen, und die Krankenkasse nur einen Zuschuß gibt, dann kann es schon sein, daß eine solche Zuordnung zum Betrieb die Ver-mittlungschancen der jungen Frauen be-hindert. Daß dann gerade in Betrieben mit hoher weiblicher Beschäftigung entweder junge Frauen nicht eingestellt werden oder unschamhaftige Fragen gestellt wer-den. Wer das nicht will, muß das Risiko vom Betrieb wegnehmen und es auf brei-tere Schultern verteilen.

Im Aufschwung ist es immer so, daß der Arbeitsmarkt mit großer Verspätung der Konjunktur folgt. Können wir uns diese Verspätung wieder leisten? Es kommt so, daß viele Unternehmen im ersten Aufwind nicht wissen, ob dieser Aufwind von Dau-er ist, ob es sich nur um ein konjunkturel-les Strohfeuer handelt, und deshalb die Mehraufträge nicht durch Neueinstellung, sondern durch Sonderschichten oder Überstunden fahren.

**Könnten wir hier nicht das Instrument des befristeten Arbeitsvertrages ge-rade für diese Übergangszeit im Inter-esse der Arbeitnehmer, wir machen doch Politik für die Arbeitnehmer, ein-führen?**

Wenn eine Welle der Existenzgründungen über unser Land gehen soll, könnte es sein, daß der, der eine Existenz gründet, vielleicht mit Neueinstellungen deshalb so vorsichtig ist, weil er weiß, wenn einer ein-gestellt ist, kriegt er den so schnell nicht mehr los. Könnten wir hier nicht auch mit befristeten Arbeitsverträgen in einer Über-gangszeit dafür sorgen, daß die Einstel-lungschancen der Arbeitnehmer wach-sen?

In diese Strategie gehört auch der Vorru-hestand. Ich denke, daß dieser Vorschlag der Bundesregierung schon jetzt ein Er-folg war. Er hat nämlich auf die festgefah-rene Arbeitszeitdiskussion wie eine große Entspannung gewirkt.

**Ich sehe, daß die Vorruhestandsrege-lung in der Tat beide Sozialpartner in Argumentationszwänge bringt, daß beide aufeinander zugehen müssen, denn das kann weder das Interesse der Gewerkschaften noch der Arbeit-geber sein, noch der Bundesregie-rung, daß im nächsten Jahr ein großer Kladderadatsch da ist. Im nächsten Jahr entscheidet sich, ob der Auf-schwung von Dauer ist, ob wir durch-kommen oder ob wir hängenbleiben.**

Nichts wäre verhänglicher als ein großer Arbeitskampf mit Streik und Aussperrung, der würde über das zarte Schneeglöck-chen des konjunkturellen Aufschwungs wie eine Dampfwalze gehen. Wer das nicht will, der muß nicht nur reden, der muß ein Angebot schaffen, daß man sich zusammensetzt, und in diesem Sinne wirkt das Entspannen. Ich sehe sehr wohl, daß vom Mittelstand nun große Bedenken vorgetragen werden. Ich kann nur sagen, die Arbeitszeitverkürzung, die den Mittel-stand wirklich ruiniert, das wird die 35-Stunden-Woche sein, und wer die nicht will, darf nicht nur nein sagen, der muß ei-ne Alternative schaffen.

**Was macht ein Bäckermeister mit drei Gesellen, wenn die 35 Stunden arbei-ten, der stellt doch keinen vierten ein, der macht entweder Überstunden, schafft ein bißchen schneller, oder macht den Betrieb zu.**

Freiwilligkeit gehört zu den Grundbedin-gungen, ich würde mir keine Regelung vorstellen können, in der die Tarifpartner

bestimmen, daß der 59jährige gehen muß, das wäre gegen unsere Einstellung. Ich sehe darin auch eine Wiedergutmachung für gerade die Jahrgänge, die am meisten mitgemacht haben. Wir beschränken es ja zeitlich auf die Jahrgänge 1929 und älter. Das sind die Jahrgänge, die in Notzeiten groß geworden sind, die den Krieg mitgemacht haben, als Kind oder im Volksturm. Das sind die Jahrgänge, die die Trümmer weggeräumt haben. Laßt sie in Frieden gehen, wenn sie sich kaputt fühlen.

**Laßt sie gehen und einen Arbeitsplatz freimachen, gerade für Jüngere, denn genau in der Zeit, in der wir jetzt die Vorruhestandsregelung beschränken, kommen die geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt.**

Die Lehrlingsfrage war in diesem Jahr schon schwer, sie wird im nächsten Jahr nicht leichter sein. Wenn eine solche Vorruhestandsregelung auch zur Einstellung von Lehrlingen beiträgt, wenn das in die Prämienregelung, in die Zuschußregelung eingeht, dann haben wir beiden Seiten geholfen, jung und alt.

Ich schließe diesen Rundblick nicht, ohne darauf hinzuweisen, daß vieles von dem, was die alte Bundesregierung angekündigt, aber nicht gemacht hat, in diesem kurzen Jahr voller Sparzwänge erledigt wurde. Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, 13 Jahre darüber gegackert, nie ein Ei gelegt, Rückkehrförderung, Rückkehrförderung seit 1981 angekündigt, ausländische Arbeitnehmer saßen auf den Koffern, nichts kam, wir haben es entschieden. Rückkehrförderung ist Gesetz geworden, und den Vorruhestand als unsern Beitrag zu einer Sozialpolitik der Partnerschaft, des Zusammenstehens und nicht des Klassenkampfes.

**Die Sozialpolitik hat in diesem Jahr die Hauptlast des Sparens getragen. Von 12 Milliarden im ersten Haushaltsbegleitgesetz 10 Milliarden, von den über 6 Milliarden im zweiten über 4 Milliarden durch die Sozialpolitik. Ich meine, daß andere politische Bereiche sich eine Scheibe an der Sozialpolitik abschneiden können, denn Sparen muß sein, wir dürfen jedoch zu keinem Zeitpunkt die soziale Balance aus dem Blick verlieren.**



Alfred Dregger:

## Wir müssen eine geistige und politische Offensive starten

Die Stimmung der Lage anzunähern, die viel besser ist, ist die politische Aufgabe der kommenden Wochen und Monate, und zwar nicht nur für den Regierungssprecher, sondern für uns alle. Für die Fraktion und für die Partei. Die Stimmung der Lage, die besser ist, anzupassen, ist auch

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat dazu in den letzten Wochen ihre Beiträge geleistet. Durch die historische Entscheidung vom 22. November zur Nachrüstung, durch die Entscheidung zur Haushaltspolitik und zu den Debatten.

Die Entscheidung vom 22. November hat deutlich gemacht:

1. Wir sind nicht erpreßbar, weder durch Druck im Inneren noch durch Druck von außen.
2. Wir halten Wort. Wir sind verlässlich. Unsere Verbündeten können sich genauso auf uns verlassen, wie wir uns auf sie verlassen können. Die Sowjetunion weiß, wir sind verhandlungsbereit, nach wie vor, und der Westen hatte ja in Genf Konzessionen gemacht, bei deren Annahme wir eine faktische Überlegenheit der Sowjetunion behalten hätten. Wir begnügen uns mit einem annähernden Gleichgewicht. Und die Sowjetunion weiß auch, daß wir zur Zusammenarbeit bereit sind auf wirtschaftlichem Gebiet und das ist für sie von größtem Wert. Durch das Erdgasröhrengeschäft erschließen wir jetzt unter deutscher Mitwirkung der Sowjetunion eine ständig sprudelnde Devisenquelle, für

notwendig, damit wir die nächsten Wahlen gewinnen. Es wird nicht nur in Bonn gewählt, sondern auch in den Gemeinden und in den Ländern. Und es ist notwendig, um aus dem beginnenden Aufschwung einen dauerhaften Aufschwung zu machen.

sie von allergrößtem Wert und der Milliardenkredit an die DDR hilft dieser, große finanzielle Schwierigkeiten zu überwinden.

Nachdem diese Entscheidung getroffen ist und jetzt gehandelt wird, sollten wir die weitere Entwicklung gelassen zur Kenntnis nehmen und immer bereit sein, zur Verhandlung, aber auch nicht drängen.

**Die Sowjetunion muß sich jetzt umstellen von einer Unterwerfungsstrategie, die gescheitert ist, auf eine Kompromiß-Strategie. Das braucht Zeit, und die soll man ihr lassen.**

Zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist das Wesentliche gesagt, es kommt nur darauf an, das jetzt ins Bewußtsein zu heben. Wir können sagen, alle Daten sind positiv. Es gibt keine, die nicht positiv wären. Es ist so, daß nicht nur der Schuldenzuwachs geringer wird, sondern es ist ja auch so, daß die Zinsen gesunken sind und daß die Geldentwertung drastisch gesunken ist. Um 3 Prozentpunkte. Verbrauch und Produktion nehmen zu und zum ersten Mal im September und Oktober saisonbereinigt verbessert sich auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt.

## Rede Alfred Dregger

## BUNDESAUSSCHUSS

**Und was wir auch nicht verschweigen sollten: Die Union ist stark in ihrer Position. Und die SPD ist zur Zeit regierungsunfähig. In der Sicherheitspolitik gehören Helmut Schmidt, Georg Leber, Hans Apel zu einer Randgruppe von 3 Prozent auf ihrem Kölner Parteitag.**

In der Haushaltsdebatte hat es keinen einzigen neuen Gedanken gegeben von seiten der SPD. Immer wieder die alten Rezepte, die in die Krise geführt haben. Kreditfinanzierte, staatliche Beschäftigungsprogramme und die Anlehnung an die Grünen schreitet fort — erstaunlich für eine Partei, die mal eine Arbeiterpartei war. Hier in Bonn geschieht das mit ein bißchen Vornehmheit, in Wiesbaden geschieht es schamlos.

**Wenn Sie sich einmal vergegenwärtigen, was Herr Börner, ein gestandener Sozialdemokrat, dem man zunächst Sympathie entgegenbringt, alles gesagt hat bis zur Wahl und wie er sich jetzt nach der Wahl verhält, kann man das leider nur als schamlos bezeichnen.**

Ich möchte versuchen, einige Verhaltensvorschläge zu machen für die kommenden Wochen und Monate. Als Vorsitzender einer Fraktion, die schwierige Entscheidungen einmütig getroffen hat, nicht nur zur Nachrüstung, sondern zur Haushaltskonsolidierung, glaube ich auch einen solchen Appell vor dem Bundesausschuß an die Partei richten zu können.

**Wir müssen erstens einig sein. Das ist ungeheuer wichtig. Die Leute wollen, daß wir eine Führung haben, die weiß, was sie will und die einig ist in Ziel und Weg. Und unter diesem Aspekt möchte ich einige Begriffe der Diskussion der letzten Wochen aufgreifen.**

Natürlich brauchen wir Akzeptanz für die Verteidigungspolitik. Aber doch nicht auf irgendeiner Grundlage, sondern auf der als richtig erkannten Grundlage. Wir sind doch nicht Seismographen der öffentlichen Meinung, sondern wir sind doch dazu berufen zu führen. Wir sollen führen, nicht der „stern“ und der „Spiegel“. Und wenn zeitweise die Mehrheit der öffentlichen Meinung uns nicht folgt, dann müssen wir eben die öffentliche Meinung zu verändern suchen.

**Das ist doch durchaus möglich, weil unsere Verteidigungspolitik vernünftig ist und im Grunde ohne Alternative ist. Und ich bin überzeugt, daß die Sicherheitsdebatte von vor drei Wochen — jedenfalls bei denen die zugehört haben, zuhören konnten — schon das Meinungsbild ganz wesentlich verändert haben.**

Es ist richtig, daß es heute schon Unternehmen, Betriebe gibt, bei denen der Anteil der Arbeitskosten so gering ist, daß es im Grunde gar nicht so wichtig ist, ob 40-, 35-, oder 30-Stunden-Woche gearbeitet wird, wenn nur die kapitalintensiven Produktionsanlagen rund um die Uhr arbeiten. Aber das ist im Moment ja nicht das Problem. Im Moment geht es doch darum, eine Arbeitszeitregelung zu finden, die für die Gesamtwirtschaft tragbar ist und den Aufschwung nicht stoppt.

**Und da bin ich eben fest davon überzeugt, daß eine 35-Stunden-Woche den Aufschwung stoppen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weiter beeinträchtigen und zur Massenarbeitslosigkeit beitragen würde.**

Es ist ja bei einem internationalen Vergleich interessant, daß in den Ländern die Arbeitslosigkeit am geringsten ist, in denen am längsten gearbeitet wird. Nicht et-

## BUNDESAUSSCHUSS

## Rede Alfred Dregger

wa in denen am kürzesten gearbeitet wird. Am längsten wird in Japan und in der Schweiz gearbeitet. Und das sind Inseln der Vollbeschäftigung im Meer der Arbeitslosigkeit. Ich finde man kann das nicht von einer Teilbranche aus beurteilen, sondern wenn man über Arbeitszeit redet, muß man die Gesamtwirtschaft und den gesamten öffentlichen Dienst in die Betrachtung miteinbeziehen, und das muß finanzierbar sein. Wir müssen uns auch einig sein in unseren Zielen.

Sie wissen, wir wollen die Entlastung der Familien herbeiführen. Einmal durch Ausdehnung des Mutterschaftsgeldes auf alle Mütter, und durch eine steuerliche Entlastung. Entweder in der Form des Familiensplittings oder verbesserter Kinderfreibeträge. Das wird Geld kosten. Wir wollen die Tarifkorrektur herbeiführen bei der Lohn- und Einkommensteuer, um die Arbeitnehmer zu entlasten und auch die anderen Einkommensbezieher. Diese beiden Ziele kosten so viel Geld, daß daneben anderes oder mehr nicht möglich ist. Davon müssen wir ausgehen, und das müssen wir beachten. Soweit es um den Zeitpunkt der steuerlichen Entlastung geht, müssen wir darauf achten, daß dieses Ziel der steuerlichen Entlastung übereinstimmt mit dem Ziel der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme.

**Wir haben zwar ein drohendes Defizit 1983 von 55 Milliarden Schuldenzuwachs in einem Jahr jetzt über eine Zwischenstation in dem neuen Haushalt zurückgeführt auf unter 34 Milliarden DM, aber das ist doch immer noch viel zu viel. In den zwanzig soliden Jahren der Republik von 1949 bis 1969 war es weniger als eine einzige Milliarde. Und so lange die Schulden wachsen, wächst die Zinslast.**

Wir zahlen allein aus dem Bundeshaushalt in diesem Jahre 27 Milliarden DM nur Zin-

sen. Und im nächsten Jahr werden es schon 29 Milliarden Zinsen sein. Und da wird es bald so sein, daß die neu aufgenommenen Schulden nicht einmal ausreichen, um die Zinsen für die Altschulden zu bezahlen.

Also das Werk der Konsolidierung steht am Anfang, aber es ist noch nicht vollendet und wenn einige FDP-Politiker zu Hause Stimmen zu werben versuchen, dann muß man ihnen sagen, das widerspricht der Koalitionsvereinbarung und auch der öffentlichen Einlassung der FDP im Bundestag, wo Herr Hoppe für die Fraktion den gleichen vernünftigen Kurs vertreten hat wie die Bundesbank, wie der Bundesfinanzminister, wie auch ich sie für die Fraktion vertreten habe.

Es ist jetzt ganz wichtig, daß wir konsequent bleiben, vier Jahre hindurch konsequent bleiben. Nur Konsequenz, die auf überzeugenden Grundlagen beruht, zählt sich aus. Und das wir an die Abteilung Verkauf denken. Diese nächsten Wochen sind Zeiten, in denen man unter dem Weihnachtsbaum sitzt oder in sonstiger Gemeinschaft, wo man auch mal über Politik redet. Das ist die große Zeit unserer geistigen und politischen Offensive, die jetzt stattfinden muß. Wir haben gewiß keinen Anlaß selbstzufrieden zu sein. Aber wir haben allen Anlaß, optimistisch zu sein.

**Wir müssen von einem ansteckenden Optimismus getragen durchs Land gehen. Denn er hat ja eine reale Grundlage. Ich habe am Schluß der Haushaltsdebatte Bundeskanzler Helmut Kohl, der Bundesregierung insgesamt, besonders den für die schwierigen Aufgaben besonders zuständigen Freunden Gerhard Stoltenberg und Norbert Blüm den Dank, den hohen Respekt und die Anerkennung der Fraktion zum Ausdruck gebracht, für das, was in 14 Monaten geleistet wurde.**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1  
POSTVERTRIEBSSTÜCK  
Z 8398 C  
GEBÜHR BEZAHLT

# Beschlüsse des Bundesausschusses

## Genehmigung von Satzungsänderungen von Vereinigungen der CDU/CSU

Gemäß § 39 Abs. 2 Satz 2 Statut der CDU beschließt der Bundesausschuß der CDU mit rückwirkender Kraft folgende Satzungsänderungen von Vereinigungen:

- 1. Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA)**  
In § 17 Abs. 1 Ziffer 2 und § 18 Abs. 1 Ziffer 2 dieser Satzung wird die Zahl der gleichberechtigten Stellvertreter des Bundesvorsitzenden von drei auf **vier** erhöht (Beschluß der 19. CDA-Bundestagung vom 9. Oktober 1981 in Mannheim).
- 2. Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV)**  
In § 11 Abs. 1 Buchst. b der Satzung wird die Zahl der von der Vertreterversammlung zu wählenden stellvertretenden Vorsitzenden von drei auf **fünf** erhöht (Beschluß der KPV-Vertreterversammlung vom 21. Oktober 1983 in München).
- 3. Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU**  
In § 15 Abs. 1 Buchst. c der Satzung wird die Zahl der stellvertretenden Bundesvorsitzenden von vier auf **fünf** erhöht (Beschluß der 28. Bundesdelegiertenversammlung vom 29. April 1983 in Fellbach).

Der Bundesausschuß der CDU ist damit einverstanden, daß die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge auf allen Ebenen der Partei den in der Vereinigungssatzung verankerten Namen in folgender Reihenfolge verwendet:

### **Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU**

— **Union der Vertriebenen und Flüchtlinge** —

(Beschluß der OVM/UdVF-Bundesdelegiertentagung vom 12. Juni 1981).

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heini Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.  
**Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).  
Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

**UID**